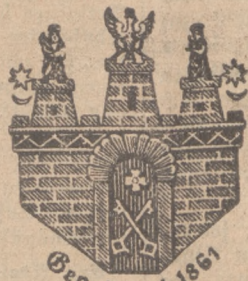


Posenner Tageblatt

Verkaufspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zt. mit Postgeld in Posen 4.40 zt., in der Provinz 4.80 zt. Bei Postbezug monatlich 4.40 zt., vierteljährlich 13.10 zt. Unter Streifenband in Polen und Danzig monatlich 6.— zt., Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmt. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes“, Posen, Al. Markt 11, Postfach 26, zu richten. — Telegr.-Anschrift: Tageblatt Posen. Postfach 26. Posen Nr. 200 283. Dresden Nr. 6184. (Konto-Znh.: Concordia Sp. A.G.). Fernsprecher 6105, 6275.



Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textzeile 15 gr, Textzeile (68 mm breit) 75 gr. Plakatschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. A. G., Anzeigen-Vermittlung, Posen Nr. 207 916, Al. Markt 11, Postfach 26. — Postfachkonto in Posen: Posen Nr. 207 916, in Deutschland: Berlin Nr. 158 102 (Konto-Znh.: Kosmos Sp. A. G., Posen), Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Posen. — Fernsprecher 6275, 6105.

75. Jahrgang

Poznań (Posen), Freitag, 3. April 1936

Nr. 79

Der neue deutsche Friedensplan

Weitgehende Beiträge Deutschlands — Ratifizierung der Verträge durch Volksentscheid

Der Friedensplan der deutschen Regierung, der von Votschaster von Ribbentrop am Mittwoch der britischen Regierung übergeben wurde, hat folgenden Wortlaut:

Mit aufrichtiger Zustimmung hat die deutsche Regierung von dem Votschaster von Ribbentrop erfahren, daß es der Wunsch der britischen Regierung und des britischen Volkes ist, baldmöglichst mit den praktischen Arbeiten für eine wahre Befriedung Europas zu beginnen. Dieser Wunsch deckt sich mit den innersten Absichten und Hoffnungen des deutschen Volkes und seiner Führung. Es erfüllt daher die deutsche Regierung mit um so größerem Bedauern, daß sie nicht in der Lage ist, in dem ihr am 20. März übergebenen Entwurf der Vertreter der Locarnomächte eine taugliche und fruchtbare Grundlage für die Einleitung und Durchführung einer solchen wahrhaften Friedensarbeit erkennen zu können. Es fehlt diesem Entwurf in den Augen des deutschen Volkes und in den Augen seiner Regierung jener Geist des Verständnisses für die Gesetze der Ehre und Gleichberechtigung, die im Leben der Völker zu allen Zeiten die erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit geheimer Verträge bilden.

Die deutsche Regierung glaubt es dem heiligen Ernst der in Frage stehenden Aufgabe schuldig zu sein, sich in der Feststellung der negativen Seite des ihr übergebenen Memorandums auf das Unwiderstehliche zu beschränken. Sie will aber dafür versuchen, durch eine Erweiterung und Klärung ihrer am 7. März ausgeprochenen Vorschläge von ihrer Seite aus den Beginn einer konstruktiven Arbeit der europäischen Friedenssicherung zu erleichtern.

Zum Verständnis ihrer Ablehnung der einzelnen diskriminierenden Punkte sowie zur Begründung ihrer konstruktiven Vorschläge muß die deutsche Regierung folgendes grundsätzlich erklären:

Die deutsche Regierung hat soeben vom deutschen Volk u. a. ein feierliches Generalmandat erhalten zur Vertretung des Reiches und der deutschen Nation nach zwei Richtungen:

1. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es steht in der Vertretung dieser nationalen internationalen Grundsätze des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker, von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

2. Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigem Herzen mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und seine Wohlfahrt so notwendigen Friedens.

Dies sind die Wünsche des deutschen Volkes und damit die Verpflichtung der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung möchte weiter in Anlehnung an ihre in der vorläufigen Note vom 24. März 1936 schon mitgeteilte grundsätzliche Einstellung noch folgendes bemerken.

A. Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Diese sahen keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil: Der hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war, durch eine neue Völkerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden, und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte!

B. Der königlich britische Außenminister hat in seiner Rede vom 26. März über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß diese letzten Endes nur als Ablösung für eine eigentlich von Frankreich im Jahre 1918 angeordnete Restrennung des Rheinlandes von Deutschland errichtet wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die demilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorangegangenen Verletzung einer auch die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist.

C. Die Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages basieren demnach selbst auf der Verletzung einer Deutschland

gegebenen Zusicherung und befehlen als einziges rechtliches Argument nur die Gewalt. Sie sind vom Versailler Vertrag in den Locarnopakt übernommen worden nach einer neuerlichen Rechtsverletzung, nämlich der Verletzung des Ruhrgebietes, die selbst von englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichnet worden ist.

D. Der sogenannte „freiwillige Verzicht“ auf die Souveränität Deutschlands in diesen westlichen Provinzen des Reiches ist mithin eine Folge des Versailler Diktats und einer Reite von sich hier anschließenden schwersten Bedrückungen des deutschen Volkes, wobei insbesondere hingewiesen werden muß auf die furchtbare Not und Zwangslage des Reiches infolge der Rheinlandbesetzung.

Wenn daher von Seiten der britischen Regierung heute erklärt wird, daß man wohl von einem Diktat von Versailles gesprochen habe, aber doch niemals von einem Diktat von Locarno, so muß die deutsche Regierung mit der Gegenfrage antworten: „Wohin es aber kann es überhaupt in der Welt ein großes Volk geben, das freiwillig und ohne äußersten Zwang einseitig auf seine Souveränität und zwar in diesem Fall auf das primitivste Recht der Verteidigung seiner eigenen Grenzen verzichtet hat oder verzichten würde?“

Trotzdem aber hatte das deutsche Volk diesen Zustand 17 Jahre lang ertragen, und noch am 21. Mai 1935 erklärte der deutsche Reichkanzler, daß „die deutsche Reichsregierung in der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhörten schweren Beitrag zur Befriedung Europas gibt“, und daß die Reichsregierung „alle aus dem Locarnovertrag sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten wird, als auch die anderen Vertragspartner bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen“.

Die deutsche Reichsregierung hat bereits in ihrer vorläufigen Note vom 24. März 1936 darauf hingewiesen, daß der von Frankreich mit Sowjetrußland abgeschlossene militärische Vertrag dem Locarnopakt sowohl die rechtliche als auch besonders die politische Grundlage und damit die Voraussetzung seiner Existenz entzogen hat. Es erübrigt sich, hierauf noch einmal näher einzugehen. Denn:

Es ist kein Zweifel, daß die Tendenz, Europa mit Militärbündnissen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtung einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspricht.

Es wächst die große Gefahr, daß aus dieser allgemeinen Verstrickung in militärische Allianzen ein Zustand entsteht, der jenem gleich, dem die Welt den Ausbruch ihres furchtbaren und sinnlosen Krieges mit in erster Linie zu verdanken hatte. Es liegt nun nicht im Vermögen einer einzelnen Regierung, eine solche von bestimmten Großmächten eingeleitete Entwicklung zu verhindern; allein es gehört zum pflichtgemäßen Auftrag jeder Regierung, innerhalb der Grenzen des eigenen Hoheitsgebietes Vorkehrungen für jene Überwachungen zu treffen, die sich aus einer solchen undurchsichtigen europäischen Militär- und Kabinettpolitik ergeben können. Die deutsche Regierung hat daher nach der vorliegenden Entwicklung die eine Aushebung der juristischen und politischen Grundlagen und Voraussetzungen des Locarnopaktes bedeutet, sich auch ihrerseits als an diesen Pakt nicht mehr gebunden erklärt und die Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt.

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, ihren zur Sicherheit des Reiches unternommenen, nur deutsches Reichsgebiet betreffenden und niemand bedrohenden Schritt der Wiedereinrichtung eines Gremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Fall nur die rechtliche Seite, aber unter gar keinen Umständen die politische zu beurteilen in der Lage ist.

Dies gilt um so mehr, als der Völkerverbund bereits eine Entscheidung getroffen hat, die die rechtliche Beurteilung der Frage präjudiziert. Die deutsche Regierung ist weiter der Überzeugung, daß ein solches Urteil nicht nur keinen positiven Beitrag liefern könnte für eine wirklich konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, sondern ausschließlich geig-

net ist, eine solche Lösung zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

Im übrigen: Entweder man glaubt an die Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Friedensrichtung, dann kann ein solcher beabsichtigter Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates nur erschwerend wirken, oder man glaubt an eine solche mögliche Friedenssicherung nicht, dann käme einem solchen Entscheid höchstens nachträglich eine feststellende juristische Bedeutung zu.

Die deutsche Regierung kann daher in diesem Punkte sowie in jenen weiteren dieses Entwurfes der Vertreter der Locarnomächte, die sich nur als einseitig belastend für Deutschland erweisen, nicht nur keinen nützlichen Beitrag für eine wirklich großzügige und konstruktive Lösung der Frage der europäischen Sicherheit erblicken, sondern sie höchstens als Elemente der Diskriminierung eines großen Volkes und damit einer Fragestellung jedes dauerhaften Friedens bezeichnen.

Entsprechend dem ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag muß daher die deutsche Regierung alle Deutschland einseitig belastenden und damit diskriminierenden Vorschläge dieses Entwurfes ablehnen.

Deutschland hat, wie schon aus seinem Angebot hervorgeht, nicht die Absicht, jemals Belgien oder Frankreich anzugreifen. Es ist bekannt, daß bei der gigantischen Küftung Frankreichs und den enormen Festungswerken an der französischen Obergrenze ein solcher Angriff aber auch rein militärisch sinnlos wäre.

Aus diesen Gründen ist der deutschen Regierung auch der Wunsch der französischen Regierung nach sofortigen Generalstabsverhandlungen unverständlich. Die deutsche Regierung würde darin nur ein ernstes Präjudiz sehen, wenn vor dem Abschluß der neuen Sicherheitspakte solche Generalstabsabmachungen zustande kämen. Sie ist der Auffassung, daß solche Abmachungen in jedem Falle erst die Folge der politischen Beistandsverpflichtungen der fünf Locarnomächte seien und dann nur auf streng reziproker Grundlage stattfinden könnten!

Die deutsche Regierung ist weiter der Auffassung, daß der Komplex der vorliegenden Pro-

bleme zur leichteren Lösung nach den Gesichtspunkten der beabsichtigten Ziele zweckmäßig gegliedert werden müßten. Sie muß dann aber folgende grundsätzliche Fragen stellen:

Welches soll das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein?

A. Soll dieses Ziel sein, die sich als für jede dauernde Friedenssicherung als ungeeignet erwiesene Zerteilung der europäischen Völker in Mehr- oder Weniger-Berechtigte, in Ehren- oder Unehrenhafte, in Freie oder Unfreie unter irgendwelchen neuen Formen oder Modifizierungen beizubehalten oder fortzuführen?

Soll es weiter die Absicht der europäischen diplomatischen Bestrebungen sein, aus einem solchen Willen heraus auf dem Wege einfacher majoritärer Beschlüsse Feststellungen über Vergangenes zu treffen, Urteile aufzurichten, um damit die scheinbar juristisch noch fehlenden Begründungen für die Fortführung dieses früheren Zustandes zu finden? Oder soll

B. das Bemühen der europäischen Regierungen daraufhin gerichtet sein, unter allen Umständen zu einer wirklich konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen unter einander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen?

Die deutsche Regierung ist es ihrem Volke schuldig, hier eindeutig zu erklären, daß sie nur an diesem zweiten in ihren Augen allein aufbauenden Versuch teilnehmen wird, und dies dann allerdings aus tiefinnerster Überzeugung und mit dem vollen Gewicht des aufrichtigsten und lehnfüchtigen Willens der hinter ihr stehenden Nation.

Die deutsche Regierung glaubt, daß dann die vor den europäischen Staatsmännern liegende Gesamtaufgabe in drei Abschnitte gegliedert werden müßte:

- in die Zeit einer allmählich sich beruhigenden Atmosphäre zur Klärung der Frage für die einleitenden Verhandlungen,
- in den Abschnitt der eigentlichen Verhandlungen zur Sicherstellung des europäischen Friedens,
- in eine spätere Periode der Behandlung jener wünschenswerten Ergänzung des europäischen Friedenswerkes, die weder im Inhalt noch im Umfang von vornherein genau festgelegt oder begrenzt werden können oder sollten (Abrüstungs- und Wirtschaftsraten usw.).

19 Friedenspunkte

Zu diesem Zwecke

schlägt die deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan vor:

1. Um den kommenden Abmachungen für die Sicherung des europäischen Friedens den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgeachtete Glieder teil. Der einzige Zwang für die Unterzeichnung der Verträge kann nur in der sichtbaren, von allen erkannten Zweckmäßigkeit dieser Abmachungen für den europäischen Frieden und damit für das soziale Glück und das wirtschaftliche Wohlergehen der Völker liegen.

2. Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europäischen Völker möglichst abzukürzen, schlägt die deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europäischen Friedenssicherung auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinnmäßigen gleichen Verhaltens der belgischen und französischen Regierung, für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die deutsche Regierung versichert, daß sie die im Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die belgische und französische Grenze heranzuführen wird.

5. Die deutsche Regierung schlägt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantemächte England und Italien und einer desinteressierten neutralen dritten Macht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgängen auf eine Veränderung der militärischen Verhältnisse innerhalb dieses Zeitraumes von vier Monaten hinweisen zu können, ihre Wahrnehmungen der Garantekommission mitzuteilen.

7. Deutschland, Belgien und Frankreich erklären sich bereit, in einem solchen Falle zu gestatten, daß diese Kommission durch die englischen und italienischen Militärattachés notwendige Feststellungen treffen läßt und hierüber den beteiligten Mächten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden

Beauftragungen in vollem Umfange berück-
sichtigen werden.

9. Im übrigen ist die deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit seinen beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantmächte kommen überein, daß sie sofort oder spätestens nach Abschluß der französischen Wahlen, unter Führung der britischen Regierung in Beratungen eintreten über den Abschluß eines 25jährigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantmächte unterzeichneten.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Beistandsverpflichtungen ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

13. Die deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Luftpaktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. An dem Wert dieser aus freiem Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines verbindlichen Abkommens einer Jahrhunderte langen Entscheidung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß

in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der Völker gegeneinander zu vergiften.

Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Sitz des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Überprüfung vorzulegen.

16. Deutschland und Frankreich verpflichten sich, in Verfolg der Absicht, dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vornehmen zu lassen.

17. Deutschland erklärt sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Südost- und Nordgrenze, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

18. Deutschland erklärt sich bereit, sofort oder nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten. Die deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

19. Deutschland schlägt vor, ein internationales Sondergericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes sein soll, und dessen Entscheidungen für alle bindend sind.

Die „Neue Epoche“ der europäischen Geschichte

Berlin, 1. April. Unter der Überschrift „Die neue Epoche der europäischen Geschichte“ schreibt die NSR. zu dem Friedensplan der deutschen Regierung unter anderem:

„Ebenso wie die Tat des Führers vom 7. März am Ende einer Entwicklung steht, die in Versailles begann und die Europa in eine fünfzehnjährige Unordnung, in einen ungleichen Kampf zwischen Siegern und Besiegten, in einen gefährlichen Krankheitszustand führte, der alle erfasste, so ist der deutsche Friedensplan, den Adolf Hitler den europäischen Nationen verkündete, berufen, einer neuen Epoche der europäischen Geschichte die Richtung zu geben und am Anfang einer Politik der Vernunft und staatsmännischen Verantwortung zu stehen.“

Erst Adolf Hitler hat nach einer unfruchtbaren Periode europäischer Politik, in der nicht die Vernunft, sondern die Gefühle des Hasses regierten, mit seinen großen Ideen die europäische Debatte auf das Fernproblem gelenkt: Auf das Problem, ein neues Ethos der europäischen Völkergemeinschaft zu gründen.

Der große deutsche Friedensplan ist das Manifest dieses Ethos, das die Grundlage aller diplomatischen Schritte sein muß, wenn sie tatsächlich den Nationen Frieden und der Welt Beruhigung bringen sollen.

Ueberwindet die Zwietracht, so werdet ihr den Frieden ernten — diese Mahnung hat Adolf Hitler einst lange Jahre hindurch an das deutsche Volk gerichtet, jetzt richtet er sie, gestützt auf das feierliche Mandat der deutschen Nation, an Europa. Und ebenso wie er einst an den Willen des deutschen Volkes appellierte und in diesem Willen zum Wiederaufstieg die Grundlage des Aufbaues erblickte, so ruft er heute wieder den Willen der europäischen Staatsmänner zu einer Lösung, die in ihrer offenen Logik der Stimme der Vernunft Ausdruck gibt.“

Wir fragen:

Wo in Europa wird es Völker geben, die nicht von dem tiefen inneren Sinn der Vorschläge überzeugt werden können?

Welches Volk wird sich nicht in einer Volksabstimmung genau so einstimmig zu einem 25jährigen europäischen Friedensvertrag bekennen, wie das deutsche die Vorschläge seines Führers zu seinen eigenen gemacht hat.

Alles Große ist zugleich einfach. Die Karten der deutschen Friedenspolitik liegen offen vor allen Völkern. Jeder fühlt aus den Gedanken

der deutschen Vorschläge, daß sie nicht aus Kompromissen ausgeklüffelt, sondern mit dem klaren Verstand eines Mannes aufgezeichnet wurden, der, aus dem Volke kommend, erwählter Führer eines Volkes wurde und so in dem Willen der Völker den einzigen großen Faktor jeder politischen Gestaltung sieht.

Deutschland und Frankreich waren sich seit 1000 Jahren niemals näher als jetzt in diesen Tagen, in denen der Weg aufgezeigt wurde, auf dem sie gemeinsam die Probleme der Zeit zu meistern vermögen.

Und wird das Kriegseil zwischen diesen beiden Nationen einmal ehrlich begraben, dann — das wissen wir aus der Geschichte Europas — ist wirklich allen europäischen Völkern das Tor zu einer neuen Welt geöffnet worden!

Paris

prüft die deutschen Ratschläge

Paris, 2. April. Der französische Ministerpräsident wird am heutigen Donnerstag mit Außenminister Flandin zusammentreffen, um gemeinsam den Wortlaut der deutschen Vorschläge zu prüfen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die französischen Minister am Freitag oder Sonnabend zu einem Ministerrat zusammentreten, um sich über die deutsche Note auszusprechen.

Der „Sour“ glaubt zu wissen, daß die Regierung unter Berufung auf die kommenden französischen Wahlen vorläufig von einer Stellungnahme absehen werde.

Ausprache mit Italien vorgeschlagen

Rom, 1. April. Bei der italienischen Regierung ist, wie zuverlässig verlautet, ein Schreiben des Präsidenten des Dreizehnerversammlung, Madariaga, eingetroffen. Er schlägt darin, ohne Angabe eines Zeitpunktes, eine Aussprache vor, die, wie von italienischer Seite betont wird, vorläufig nur Verfahrensfragen betreffen soll. Das Schreiben wird noch geprüft, und die italienische Antwort ist in der nächsten Zeit zu erwarten.

Unterredung Flandins mit dem englischen Botschafter

Paris, 1. April. Außenminister Flandin hatte am Mittwoch nachmittag eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris. Wie verlautet, hat die Besprechung etwa 40 Minuten gedauert. Der Wortlaut des Friedensplanes der deutschen Regierung ist dem französischen Außenminister vom englischen Botschafter jedoch nicht überreicht worden, da die Überlegung des Schriftstückes in London länger, als erwartet, dauerte, und man englischerseits jede Unklarheit in der Auslegung vermeiden möchte.

Baldwin

und die allgemeine Wehrpflicht

London, 1. April. Ministerpräsident Baldwin wurde am Mittwoch im Unterhaus gefragt, ob er sich verpflichten könne, daß die allgemeine Wehrpflicht oder eine ähnliche Maßnahme nicht eingeführt werde, solange Friede sei. Baldwin erklärte, er könne eine derartige Zusicherung für die gegenwärtige Regierung geben.

Kommunisten in ganz Polen

Ueber 400 neue Verhaftungen.

Warschau, 1. April. Gleichzeitig mit den in Warschau erfolgten Verhaftungen der Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei für Polen ist in ganz Polen eine umfassende polizeiliche Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt worden, die zu Massenverhaftungen führte. Bei den zahllosen Hausdurchsuchungen wurden Lager kommunistischer Propagandaliteratur gefunden. In Czestochau wurden 43 Kommunisten verhaftet. Die Räume einer kommunistischen Aufklärungs-gesellschaft wurden versiegelt, da in ihnen verbotene Druckschriften gefunden worden waren. Im Kreise Kielce wurden 41 Personen festgenommen, in Zamiercie 22. Dort wurden eine jüdische und kommunistische „kulturelle“ Vereinigung geschlossen. Aus der Wojewodschaft Lodz wurden 63 Verhaftungen führender Kommunisten gemeldet, aus Ostoberschlesien 27, davon 13 in Kattowitz. In Lemberg wurden 39 Kommunisten festgenommen, im Kohlenrevier von Dombrowa 36, in der Wojewodschaft Lublin 65 und in den östlichen Kreisen der Wojewodschaft Bialystok 44, sowie in der Stadt Bialystok selbst weitere 29. In Warschau sind als weitere Folge der Aushebung der kommunistischen Nester eine Reihe von Gewerkschaftsräumen geschlossen worden, ebenso der kommunistische Sportklub „Maraton“.

Litwinow in Warschau

Auf dem Rückweg von London nach Moskau wollte am Mittwoch nachmittag der russische Außenkommissar Litwinow in Warschau. Litwinow war über Wien gefahren, um Deutschland zu umgehen. Er hielt sich in der russischen Gesandtschaft auf und flattierte keine Besuche ab. Am Donnerstag früh fuhr der russische Außenkommissar nach Moskau weiter.

Gegen sinnlose Entartung der Waffenanwendung

Nach dem Abschluß eines solchen großen Wertes der europäischen Friedenssicherung hält es die deutsche Regierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uralten Wettrüsten durch praktische Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Sie würde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung.

Die deutsche Reichsregierung verpflichtet sich aber nichts von dem Versuch universaler Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, daß demgegenüber die Verhandlungen und Ergebnisse auf dem Gebiet der Beschränkung maritimer Rüstungen behebend und anregend wirken können.

Die deutsche Reichsregierung schlägt daher vor, die spätere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer, aber klar umrissenen Aufgabe.

Sie sieht es als die zunächst wichtigste Aufgabe an, den Luftkrieg in die moralische und menschliche Atmosphäre der neuerzeit durch die Genfer Konvention dem Nichtkriegsteilnehmer oder den Verwandeten zugebilligten Schonung zu bringen. So wie die Tötung wehrloser Verwundeter oder Gefangener oder die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen oder die Führung des wernungslosen U-Bootkrieges durch internationale Konventionen geregelt bzw. verboten worden sind, muß es einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entartung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegsführung zu widersprechen.

Die deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenzen zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift- und Brandbomben.
2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.
3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometern.
4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.
5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzung der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen.

Die deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten.

Die deutsche Reichsregierung glaubt, daß, wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von außerordentlicher Tragweite für die Einstellung der Völker zueinander sein wird, und damit auch für die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

Um dem allgemeinen Wunsch nach einer Wiederherstellung günstiger, wirtschaftlicher Verhältnisse zu entsprechen, ist sie daher bereit, im Sinne der gemachten Vorschläge sofort nach Abschluß des politischen Vertragswerkes mit den in Frage kommenden Ländern in einen Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen einzutreten und alles in ihrer Macht Stehende zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Europa sowie der von dieser nicht zu trennenden Weltwirtschaft im allgemeinen beizutragen.

Die deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europa auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.

Die deutsche Reichsregierung glaubt zuverlässig, durch die Vorlegung des obigen Friedensplanes den Weg hierzu nunmehr frei gemacht zu haben.

Hitlers Plan ladet zu Verhandlungen ein

Die Londoner Morgenpresse zu den deutschen Vorschlägen

London, 2. April. Die Londoner Morgenpresse nimmt zu den deutschen Vorschlägen in ausföhrlichen Zeitartikeln Stellung. Unter der Überschrift „Der deutsche Friedensplan“ hebt die „Times“ hervor, daß in der Tat nur wenige englische Leser sich weigern würden, anzuerkennen, daß das deutsche Schriftstück als Friedensplan bezeichnet werden könne. Die Form, in der Hitler seine Vorschläge erneuert und erweitert habe, werde den allgemeinen Glauben an die Aufrichtigkeit Hitlers stärken. Niemals zuvor sei Europa eine Gelegenheit von diesem Ausmaß angeboten worden, den nächsten Krieg durch ein Uebereinkommen zu verhindern. Allerdings könne der Bruch des Locarno-Vertrages nicht einfach ignoriert werden. Die „Times“ unterstreicht weiter, daß sie Verständnis für die Haltung Deutschlands in der Frage der Diskriminierung habe. Selbst innerhalb der Sicherheit kann es keine Diskriminierung geben, kein Abweichen vom vollen Rechtszustand der Gleichheit.

Alle Engländer nähmen Hitlers Versicherung als aufrichtig an, daß Deutschland nicht die Absicht habe, Frankreich und Belgien jemals wieder anzugreifen.

Hitlers konstruktive Vorschläge seien von einer großzügigen Auffassung getragen und seien im allgemeinen willkommen zu heißen. Der Vorschlag einer internationalen Kommission erlebe und verbessere den toten Gedanken der Einquartierung einer fremden Streitmacht im Rheinland.

Nichts in seinen weitreichenden Friedensvorschlägen sei undurchführbar. Nichts in der Antwort Hitlers verperze Verhandlungen. Alles in seinem Plan laude dazu ein.

Der „Daily Telegraph“ schreibt u. a., die deutschen Vorschläge böten ein weites Feld für weitere Verhandlungen. Wenn sie durchgeführt werden könnten, dann würden sie Europa von der drückenden Sorge eines Krieges in diesem Menschenalter befreien. Zwar lehne die deutsche Regierung in den ersten Abschnitten die Sicherungsvorschläge der Locarnomächte für eine Zwischenperiode ab. Sie sehe jedoch etwas Wertvolleres an ihre Stelle in der Form eines Stillhalteabkommens bezüglich der Streitkräfte an den Grenzen, das von einer internationalen Kommission garantiert würde.

Hitlers weitreichende Pläne würden die grundsätzliche Zustimmung ganz Westeuropas erhalten, jedoch könne man zu ihnen nur gelangen, wenn das Vertrauen wieder hergestellt wird.

Im übrigen bemerkt das Blatt, daß nichts mit den britischen Vorschlägen mehr übereinstimme, als die von Hitler vorgebrachten Abrüstungs-

vorschläge und die Vorschläge für die Vermenschlichung des Krieges.

Die „Morning Post“ schreibt, die deutsche Denkschrift sei ein Dokument, das zu überreden versuche, daß eine friedliebende Nation viele anziehende Vorschläge mache. Das Blatt ist mit dem deutschen Plan nicht zufrieden und billigt den Entschluß der britischen Regierung, Generalstabsbesprechungen aufzunehmen, sobald das Programm für sie festgelegt worden sei.

Im „News Chronicle“ wird darauf hingewiesen, daß die Antwort Hitlers einige ausgezeichnete Punkte und einige beunruhigende Auslassungen enthalte. Es könne nicht abgestritten werden, daß die Antwort Vorschläge enthalte, die im Falle ihrer Verwirklichung sehr weitgehend zur europäischen Sicherheit beitragen würden. Das gelte besonders für den Vorschlag der Rüstungsbegrenzung, die der Kernpunkt jeder wichtigen Regelung sei. Die Tatsache, daß Deutschland zusammen mit seinem Wiedereintritt in den Völkerbund sich bereit erkläre, Verhandlungen zu diesem Zwecke aufzunehmen, sei unbestreitbar von größter Bedeutung. Hitler habe eine kategorische Antwort von ungeheurem Ausmaß und voraussichtlich ungeheurem Wert erteilt.

Unter der Überschrift „Die Tür ist offen“ schreibt der „Daily Herald“, der erste Eindruck der deutschen Antwort sei der der überwältigenden Erleichterung, weil sie die Tür offen lasse. Das sei im Augenblick das Allerwichtigste. Jedermann wünsche einen neuen Beginn zu machen. Das unmittelbare und lebenswichtige Bedürfnis bestehe darin, daß es gelinge, zu einem Punkte zu gelangen, von dem aus der neue Anfang gemacht werden könne.

Man könne nur sagen, daß Europa durch seine eigene Dummheit zum Untergang verurteilt werde, wenn es ihm nicht gelinge, aus dieser Gelegenheit etwas zu machen. Ueberall in der Welt und nicht zum mindesten in Frankreich sehe das Volk ohne Bedauern, daß die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages verschwanden. Es wünsche, daß ein neuer Anfang gemacht werde.

Die „Daily Mail“ schreibt, daß das britische Volk die Schwierigkeiten Frankreichs verstehe. Es sei jedoch wünschenswert, daß Frankreich in seinem eigenen Interesse die Vorschläge Hitlers sorgfältig erwäge.

Sie seien verständlich im Ton. Wenn sie die Hoffnungen verwirklichen würden, würden sie den europäischen Frieden auf einer sicheren Grundlage errichten. Der Führer sei von Eden aufgefordert worden, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Er könne behaupten, daß er das in seiner Antwort getan habe.

Sechs Monate Kosciakowski

Die Regierung Kosciakowski-Kwiatkowski hat jetzt ihre erste Parlamentssession hinter sich. Auch diese angeblich demokratischste Regierung seit fünf Jahren hat mit Ermächtigungen durch das Parlament begonnen und schließt es mit einem neuen Ermächtigungsgesetz in die Ferien. Wir haben viel davon gehört, daß die neue Ermächtigung nicht dasselbe sei, wie die früheren Ermächtigungen: es wird auf ihre kürzere Frist und auf ihren nur finanz- und wirtschaftspolitischen Geltungsbereich verwiesen. Gerade die letztere Tatsache zeigt aber, daß unter den Gründen, auf welche die Regierung ihr neues Ermächtigungsverlangen gestützt hat, der Hinweis auf die gespannte politische Lage in der Welt nicht stichhaltig ist. Die Regierung erklärt, daß sie mit der neuen Ermächtigung nicht bestimmte Absichten verfolgen, sondern nur für alle Fälle gerüstet sein will. Wenn das aber stimmt, dann hat sie nicht die Absicht, den Empfehlungen der Großen Wirtschaftstagung bereits in den nächsten Wochen die gesetzgebende Folge zu geben, die sie versprochen hat. Oder sollte dies der außerordentlichen Session des Parlaments vorbehalten sein, welche der Ministerpräsident für den Mai angekündigt hat? Man weiß es nicht. Auch diese Regierung, welche die ernste Zusammenarbeit mit der Volksgemeinschaft versprach, treibt eine Politik aus dem Dunkel heraus, über die sich niemand, wahrscheinlich auch die meisten Minister nicht, im klaren ist.

Die Regierung ist im Parlament nicht sehr glücklich gewesen. Sie erfuhr im Sejm und im Senat zunächst heftige Zusammenstöße mit einigen Prominenten der Oberstengruppe. Von diesen hat allerdings nur Kosciakowski bis zum Schluß durchgehalten. Dann kamen die Reibungen mit den Konservativen. Das Schlichtungsgesetz stellte die Regierung vor so bedeutende Schwierigkeiten, daß sie wochenlang nicht wagte, ihren eigenen Standpunkt zu dieser Vorlage bekanntzugeben. Bei der Schlußbestimmung über das Gesetz im Sejm erzielte die Regierung, obwohl sie ihren populärsten Minister vorgeschickt hatte, nur sehr knappe Mehrheiten von wenigen Stimmen. Die große Anfangspopularität, mit der die Regierung begann, ist rasch verflogen: der Teilerfolg, den sie in der Haushaltspolitik erzielt hat, täuscht niemanden darüber hinweg, daß die Bestrebungen der Regierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet bisher völlig fruchtlos geblieben sind. Der in diesen Tagen veröffentlichte amtliche Preis-Index für den Februar zeigt, daß es bei dem Fehlschlag der Preislenkungsaktion bleibt, in deren Verlauf die Preise der Landwaren fünfmal so stark zurückgegangen sind wie diejenigen der Industriewaren.

Im Sejm hat die Regierung nur eine kleine Gefolgschaft von zwei Dutzend Köpfen hinter sich gebracht, die ihr in jeder Lage treu geblieben ist: die „Naprawiaczy“, aus deren Reihe Kosciakowski einst selber hervorgegangen ist. Zwar hat auch Oberst Slawek nicht diejenige autoritäre Rolle im Parlament spielen können, die er sich als Auswirkung seiner Wahlordnungen erhofft haben mochte. Slawek ist in den letzten Monaten mehr und mehr in den Hintergrund getreten und soll bereits begonnen haben, seine „Erinnerungen“ zu schreiben. Die regionalen Gruppen, denen er so große Bedeutung beilegte, sind nicht ganz ohne Bedeutung geblieben, aber Gruppierungen nach anderen Gesichtspunkten erwiesen sich für die Abgeordneten und Senatoren auch dieses Parlamentes als zugkräftiger. Die größte Fraktion im Sejm ist unbestritten die der sog. Unabhängigkeitskämpfer, die etwa 100 Mitglieder zählt und in der Oberst Niedziński die Hauptrolle spielt. Diese Fraktion hat bisher noch kein eindeutiges Programm entwickelt, aber sie ist in den letzten Wochen eifrig um die Ausarbeitung eines solchen Programms bemüht gewesen. In der zweiten Märzhälfte hat sie schon einen Redaktionsausschuß eingesetzt, der unter dem Vorsitz Niedzińskis ihr künftiges Programm im einzelnen redigieren soll. Bei dieser Fraktion sind die Ansätze zu neuer politischer Parteibildung auf dem Boden des Pilsudkismus und der neuen Verfassung am weitesten fortgeschritten. Eine losere Gruppierung, die zu manchen Fragen auch nicht geschlossen Stellung nimmt, stellt die Landwirtegruppe im Sejm dar, in der General Jelligowski eine bedeutsame Rolle spielt. Zu dieser Gruppe zählten anfänglich auch die „Naprawiaczy“, die aber später ausgeschieden sind und sich selbstständig gemacht haben. Von den regionalen Gruppen sind einige, wie z. B. die der Parlamentarier aus Posen und Pommerellen, der Landwirtefraktion, andere wie die neue Warschauer Gruppe den „Naprawiaczy“ zuzurechnen. Die Grenzen zwischen allen diesen Fraktionen und Gruppen sind aber noch nicht scharf, sondern immer noch in Bewegung, und das neue Parlament hat bei Abschluß seiner ersten Session noch kein klares Gesicht.

Große Niederlage der Abessinier

Angeblieh 7000 tote Abessinier, viele Gefangene und große Beute

Rom, 1. April. Der italienische Seeresbericht Nr. 170 hat folgenden Wortlaut:

„Marschall Badoglio telegraphiert: Der Negus hat gestern mit seinen besten Truppen im Gebiet südlich vom Aschangi-See eine große Schlacht eingeleitet. Die Schlacht, in der teilweise mit äußerster Erbitterung gekämpft wurde, schloß mit einem Siege unserer Truppen. Im nächsten Bericht werden weitere Einzelheiten bekanntgegeben werden.“

Rom, 1. April. In der vom italienischen Propagandaministerium veröffentlichten amtlichen Mitteilung Nr. 171 ist am Mittwoch nachmittag folgender ergänzender Seeresbericht über die Schlacht am Aschangi-See (an der italienischen Nordostfront) veröffentlicht worden:

„Im Gebiet des Aschangi-Sees hat am 31. März in der Gegend von Quoram eine große Schlacht stattgefunden. Das Heer des Negus mit den Gardetruppen, die mit allen modernen Waffenarten ausgerüstet sind, hat unsere Stellungen im Süden von Mai-Ceu angegriffen. Der Tag schloß mit dem vollen Siege unserer Waffen. Die abessinische Aktion begann um 6 Uhr und dauerte bis 18 Uhr fort. Alle Front- und Umgehungsangriffe wurden zurückgeschlagen. Am Nachmittag sind unsere nationalen und erzhäufigen Truppen zum Gegenangriff übergegangen und schlugen den Feind in die Flucht. Er zog sich in Unordnung in das Tal des Mecan zurück und wurde dabei von unseren Flugzeugen und von unserer Artillerie bombardiert.“

Die Verluste auf Seiten des Negus sind sehr schwer und betragen schätzungsweise sieben-tausend Tote, unter denen sich auch einige Unterführer befinden. Es wurden viele Gefangene gemacht und große Mengen von Waffen erbeutet.

Unsere Gesamtverluste betragen: Offiziere: 12 Tote, 44 Verwundete; italienische nationale Soldaten: 51 Tote, 152 Verwundete; erzhäufige Soldaten: ungefähr 800 Tote und Verwundete zusammen.

Unsere Flieger haben lebhaften und wirksamen Anteil an der Schlacht genommen und wurden von dem Gegner angegriffen, wobei viele Flugzeuge getroffen wurden.

Aus Angaben von Gefangenen geht hervor, daß die abessinischen Truppen ungefähr mit 20 000 Mann an der Schlacht beteiligt waren und daß der Negus persönlich am Angriff gegen unseren linken Flügel teilgenommen hat. Im westlichen Frontabschnitt rücken unsere Kolonnen unter Sympathie-kundgebungen der Einwohnenden von Adi Remoz nach Süden vor.

Alle Hauptstädte aus dem großen Gebiet des Wolcatt, das sich bis zum Taka-Strom ausdehnt haben sich unseren Militärkolonnen in Adi Remoz gestellt, um ihre Unterwerfung anzukündigen. Hier ist auch eine Anzahl von Notabeln aus Tegghedé erschienen, um die Ehrenbezeugungen der Bevölkerung zu übermitteln.

Die Luftwaffe der Somalifront hat das Hauptquartier der abessinischen Armee von Harrar und Kolonnen, die längs des Gharar-Flusses in Marsch waren, mit Bomben belegt.“

Die Stadt Gondar eingenommen

Assmara, 2. April. Das italienische Hauptquartier an der Nordfront hat am Mittwoch um 20 Uhr die Einzelheiten über die Einnahme der Stadt Gondar durch italienische Truppen bekanntgegeben.

In der Innenpolitik hat die jetzige Regierung, die vor einem halben Jahre so vielversprechend mit der Lösung der allgemeinen Veröhnung begann, keine glückliche Hand gehabt. Die Stimmung ist überall im Lande höchst unruhig geworden. Die Zusammenstöße zwischen Polen und Juden haben sich von den Großstädten auch auf die kleinen Provinzstädte und Marktflecken ausgedehnt; keine Woche vergeht, ohne daß es nicht irgendwo zu Schlägereien auf den Wochenmärkten kommt. Deftiger als in der Zeit der Jędrzejewicz werden Rauch- und Stinkbomben gegen Geschäfte und Wohnungen von Nichtpolen geworfen. Der italienische Streik der Studenten des Warschauer Politechnikums ging noch unblutig ab, weil sich die Polizei zurückhielt. Aber in der Provinz haben sich in der letzten Zeit die Zusammenstöße zwischen Polizei und Zivilbevölkerung ständig vermehrt, und es fallen dabei immer öfter Verwundete und auch Tote. In Opoczno fing es mit den Bauern an. In Krakau und Gienstochau ging es mit den Arbeitern weiter.

Die Mehrzahl der Regierungen, die der Pilsudkismus seit 1926 gebildet hat, hat ungefähr ein Jahr ausgehalten, das jeweils in zwei gleich große Abschnitte zerfiel: ein erstes halbes Jahr der Hoffnung auf die Regierung, und ein zweites halbes Jahr der Enttäuschung über sie. Es ist kein Grund zu sehen, warum nicht auch die Regierung Kosciakowski ihr Jahr abmachen soll, wenn die Enttäuschungen auch jetzt schon beträchtlich sind.

Danach hat eine starke italienische Abteilung, die unter Führung des Parteisekretärs General Starace stand, am Mittwoch nach einem Marsch von 800 Kilometern durch besonders schwieriges Gelände die unmittelbar nördlich vom Tanasee gelegene Stadt Gondar besetzt und dort die italienische Flagge gehißt. Der Marsch auf Gondar wurde in zwei Etappen durchgeführt. 5000 Mann brachen mit 500 Lastkraftwagen, zahlreichen Tanks und anderen modernen Kriegsmitteln am 15. März von Asmara auf und marschierten zunächst nach Om Alger, das unmittelbar an der Sudangrenze am Setit liegt. Am 24. März wurde der Setit überschritten. Bei dem nun folgenden äußerst schwierigen Vormarsch durch das tropische Gebiet südlich des Setit wurden die Truppen durch Flugzeuge verproviantiert. Am Chencher-Berg beschloß Starace, um den Vormarsch nicht zu verzögern, die Tanks zurückzulassen. Die Truppen setzten den Marsch zu Fuß fort, um sich an den südwestlichen Ausläufern des Semien-Hochlandes mit den italienischen Eingeborenentruppen zu vereinigen, die gerade die Stadt Debaraf besetzt

hatten. Die Abessinier haben den italienischen Truppen bei diesem Vormarsch keinen Widerstand geleistet. — Die restlichen Truppen Ras Imritus und Haile Burris, die nach der Schlacht von Schire vom Negus den Befehl erhalten hatten, den italienischen Vormarsch aufzuhalten, hatten sich in das Gebiet südlich des Tanasees zurückgezogen, einmal, da sie einsehen, daß sie den italienischen Streitkräften keinen Widerstand leisten könnten, und zum anderen wegen der ausgesprochen feindseligen Haltung der Bevölkerung.

Die Stadt Gondar, deren Besetzung in italienischen Kreisen schon lange erwartet wurde, ist eine alte abessinische Gründung, die zeitweilig sogar die Hauptstadt Abessiniens war. Die Stadt, die früher stark bevölkert war, zählt heute nur noch einige tausend Einwohner. Sie ist jedoch wegen ihrer Lage als wichtiger Handelsplatz und Schlüssel zum Tanasee von erheblicher Bedeutung.

Rom dementiert Nichtangriffspat- verhandlungen mit Ägypten

Rom, 1. April. In der Auslandspressen verbreitete Meldungen über angebliche italienisch-ägyptische Verhandlungen, die den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zum Ziel haben sollen, werden in amtlichen italienischen Stellen auf das Bestimmteste dementiert.

„Verabscheuungswürdige Grausamkeiten“

Anfragen zum italienisch-abessinischen Krieg im Unterhaus

London, 1. April. Im Unterhaus wurden am Mittwoch eine Reihe von außenpolitischen Anfragen gestellt, deren Erledigung teilweise einen dramatisch bewegten Verlauf der Sitzung herbeiführte. Dalton, der Außenminister der Labour Party, fragte namens seiner Partei, ob die Regierung einen Bericht über den Abwurf von Bomben auf Harrar erhalten habe und ob Harrar eine offene Stadt sei. Auf diese Anfrage erklärte Eden, die Regierung habe einen eingehenden Bericht erhalten, und zwar von ihrem Konsul in Harrar.

Danach seien unter anderem drei Bomben auf die Gebäude der schwedischen Mission gefallen, 50 auf das ägyptische Rote Kreuz, 14 auf die katholische Mission, 4 auf das französische Hospital und 5 auf das Rote Kreuz-Gebäude in Harrar.

Die katholische und abessinische Kirche seien schwer beschädigt worden. In zehn Stellen sei Feuer ausgebrochen.

Die abessinische Regierung habe ausdrücklich festgestellt, daß keinerlei militärische Vorbereitungsmaßnahmen innerhalb Harrars getroffen worden seien. Die abessinische Regierung habe übrigens bereits am 7. Dezember eine Mitteilung an den Völkerbund gerichtet, wonach zur Sicherung der Zivilbevölkerung und Ausländer vor Luftangriffen der Kaiser beschloß habe,

daß die Stadt für keinerlei militärische Zwecke benutzt werden solle.

Dalton erklärte darauf, es handle sich um „verabscheuungswürdige Grausamkeiten“, durch die Englands Öffentlichkeit in wachsendem Maße erregt werde. Er wünsche zu wissen, ob und wann die britische Regierung Maßnahmen ergreifen wolle, um endlich den Frieden dadurch wieder herzustellen, daß man den Italienern keinerlei britisches Petroleum mehr zur Verfügung stelle. — Von einem Teil der Abgeordneten wurde dieser Ausfall mit dem kritischen Zwischenruf „Krieg!“ aufgenommen.

Eden erwiderte, er habe Dalton, doch zu erkennen, daß die britische Regierung so wie er bestrebt sei, diesen Krieg zu beenden. Das zeigten die Berichte über die bisherige Arbeit der Regierung ganz klar. Der Vorsitzende des Dreizehner-Ausschusses sei damit beschäftigt, diese Aufgabe so schnell wie möglich zu lösen. Der Konservative Braß fragte hierauf, ob die italienische Regierung vor ihrem Bombenabwurf gewarnt hätte, worauf Eden erklärte, er besitze hierüber keine Mitteilungen.

Der Konservative Bondce fragte hierauf, ob denn nicht durch Rückkehr zu den Vorschlägen Hoares diesen Dingen ein baldiges Ende gemacht werden könne. (Beifall aus den Regierungsbänken.) Auch dieser Abgeordnete bezeichnete das Verhalten Italiens als Grausamkeit.

Die Einführung der Wehrpflicht in Desterreich

Christlich-soziale Erläuterung

Wien, 1. April. Das christlich-soziale Neuweltensblatt schreibt zum Dienstpflichtgesetz unter anderem:

„Dem Staat Schild und Schwert zu sein, das wird vom Begriff „Dienstpflicht“ zwar umschlossen, kann aber nicht gleichmäÙiges Recht aller, sondern nur jener Staatsbürger sein, die ohne Einschränkung und Vorbehalt zum Vaterland stehen.“

Diese Stufung der Dienstpflicht gibt die Ehre des Soldatentums zurück und entspricht überdies der Leistungsfähigkeit Desterreichs und der Absicht der Regierung, nicht in ein Wettstreiten mit anderen Staaten einzutreten, sondern die Wehrkraft des Vaterlandes nur soweit auszubauen, als es die Selbstbehauptungs- und Verteidigungswillen Desterreichs angemessen ist.“

Aus diesen Ausführungen kann geschlossen werden, daß die Regierung beabsichtigt, gewisse Gruppen der männlichen Bevölkerung Desterreichs, nämlich die, deren politische Einstellung der Regierung nicht genehm ist, nicht in das Heer einzuberufen, sondern zu anderen Arbeiten heranzuziehen.

Überraschung in Prag

Prag, 1. April. Als Folge des in Wien beschlossenen Gesetzes über die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Arbeitsdienstpflicht in Desterreich wurde mittags in Prag ein außerordentlicher Ministerrat einberufen.

In Prager politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die tschechoslowakische Regierung im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten gegen die durch die heutige Maßnahme der österreichischen Regierung erfolgte einseitige Außerkräftigung der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain Einspruch einlegen wird.

Der „Becker“ nimmt an, daß die Wiener Entscheidung im Zusammenhang mit den letzten römischen Besprechungen steht.

Prag, 1. April. Wie aus unterrichteten tschechoslowakischen Kreisen verlautet, war die tschechoslowakische Regierung von der österreichischen Absicht, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, nicht unterrichtet. Die Nachrichten aus Wien sind trotzdem ruhig aufgenommen worden, wenn man auch eine gewisse Ueberraschung darüber nicht verbirgt, daß Desterreichs angesichts der angeblichen freundschaftlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei nicht vorher eine Fühlungnahme gesucht hat. Die Prager Regierung wird nähere Mitteilungen des tschechoslowakischen Gesandten in Wien und die Stellungnahme der beiden anderen Staaten der Kleinen Entente abwarten. Es wird als wahrscheinlich bezeichnet, daß sich der rumänische Außenminister Titulescu auf seiner Rückreise von London in Prag aufhalten und die Lage mit den leitenden tschechoslowakischen Staatsmännern besprechen werde.

Jugoslawien erklärt: Verletzung des Vertrages von St. Germain

Die jugoslawische Presse zur Einführung der Bundesdienstpflicht in Desterreich.

Belgrad, 2. April. Die hiesigen Blätter stellen heute an leitender Stelle in großen Ueberschriften fest, daß Desterreich durch das am Mittwoch vom Bundesrat angenommene Gesetz die allgemeine Bundesdienstpflicht eingeführt und damit den Vertrag von St. Germain verletzt habe.

„Politika“ führt dazu in einem Leitartikel aus, daß die Verantwortung für diesen Schritt das heutige österreichische Regime tragen werde und „diesem, von denen es aus dem Auslande gestützt werde“. Die Staaten der Kleinen Entente könnten über diese Verletzung des Vertrages von St. Germain nicht hinweggehen. Ihre Haltung müsse in entscheidenden Schritten zum Ausdruck kommen. Ähnlich äußert sich das offizielle „Breme“, das sagt, Jugoslawien werde seine Schritte im Einvernehmen mit seinen Freunden und Verbündeten bestimmen.

Die polnische Meinung

Die jüdische Gefahr

Zahlreiche Gerichtsverhandlungen erweisen die führende Rolle der polnischen Juden in der kommunistischen Agitation. Unverkennbar ist in letzter Zeit ein starkes Anwachsen der jüdischen Agitation, in der jetzt auch hohe Kreise des Wort ergreifen. Vor einigen Monaten hat die Sejmabgeordnete Frau Prylora, Gattin des Senatsmarschalls und ehemaligen Ministerpräsidenten, einen Antrag auf Einführung des gesetzlichen Schächtverbots gestellt, der starken Widerhall außerhalb des Sejms fand. Eine Abordnung von Rabbinern, die in dieser Frage bei dem Warschauer Erzbischof Rakowski vorstellig werden wollte, ist nicht empfangen worden.

Aus Anlaß der blutigen Straßenunruhen in Krakau hat Fürstbischof Sapieha einen öffentlichen Aufruf erlassen, in dem er auf die Habgier einer bedeutenden Anzahl „nichtchristlicher“ Arbeitgeber hinweist, die in ihrer Verblendung die Gefahr nicht sehen, die ihre rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter heraufbeschwört. Schließlich hat der Kardinalprimas von London einen Hirtenbrief „über die katholische Moralgrundsätze“ erlassen, in dem er völlig eindeutig das Judentum als die treibende Kraft des Bolschewismus und der Weltrevolution brandmarkt und Regierende wie Regierte vor dieser Gefahr warnt. Das jüdische Jargonorgan „Hajnt“ kritisiert diese Stellungnahme des Kirchenfürsten wie folgt:

„Man muß Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte zurückgehen, um unter den Rundgebeten der kirchlichen Würdenträger eine derartige Sprache über die Juden zu finden. Der Brief bringt uns einen Gruß aus jenen Zeiten, von denen wir glauben, daß sie unwiederbringlich dahin sind, als der Antisemitismus physisch und moralisch sich in unserem Blute wälzen konnte, uns beleidigen, uns mit Füßen treten konnte, so viel er nur dazu Lust hatte. Kann man von einem solchen Dokument im Kampf gegen den Antisemitismus Nutzen ziehen? Nein, das ist (von Seiten der Kommentatoren) mehr als Naivität. Das ist schon Hohn, und zwar ein ziemlich törichter Hohn.“

Die katholische Presseagentur weist den Vorwurf, daß der Hirtenbrief zur Vertiefung der Habseligkeit beitrage, energisch zurück und bemerkt zur oben zitierten Auffassung des „Hajnt“:

„Dieser Abschnitt voller Lüge, Annäherung und Haß ist ein deutlicher Beweis, welche Rolle die Jargonpresse unter den breiten Massen des jüdischen Ghetto spielt und welche feindliche Stimmung sie gegen die katholische Allgemeinheit und Geistlichkeit erweckt.“

„Privater Ektismus“

Mit diesem Ozymoron überschreibt der „Kurjer Poznański“ vom 31. März eine Schilderung der widerspruchsvollen Einstellung und des Zirkels der Regierung gegenüber wichtigen Wirtschaftsproblemen. Wir lesen daselbst:

Neben den Formen des reinen Ektismus haben wir einen Halb- und Viertel-Ektismus, neben den Staatsmonopolen von der Regierung zugelassene Privatmonopole, ferner Kartelle, die sich aus Privatmitgliedern und Behördenvertretern zusammensetzen. Und außerdem noch eine andere, nicht weniger charakteristische Erscheinung: es gibt in Polen kein Gebiet, das sich nach Ansicht der Bürokratie nicht zu Verstaatlichungsexperimenten eignet — Drudereien, Sägemühlen, Eiskirchfabriken, Saftpressereien, Fabriken zur Verarbeitung von Obstjahren, Webereien und Spinnereien, Fahrrad- und Schreibmaschinenfabriken!

Die Regierung kündigt Kampf den Kartellen an, und gleichzeitig sitzen Vertreter der Bürokratie in den Verwaltungen der Kartelle. Früher hieß es: „Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut“, heute, nach zehnjährigem Kampf mit dem „Parteiwesen“ gibt es weder eine Linke noch eine Rechte — wenigstens nach den Verträgen der maßgeblichen Faktoren — und im Sejm sitzen die eigenen Leute. Demnach repräsentiert die Bürokratie sowohl die Linke als auch die Rechte; die einen ihrer Vertreter verdammten die Kartelle und bekämpfen den Ektismus, die anderen sind Repräsentanten der Kartelle und bauen die Verstaatlichungsmaschinerie nach den besten Mustern der „früheren Schöpfungslust“ aus. Ein schlechtes System, sogar das allergeringste, ist besser als gar kein System.

Zehn Jahre dauert nun in Polen der wirtschaftliche Kontanz: erst kämpfen die am Steuer Stehenden einige Monate hindurch mit dem Liberalismus und haben fast den Staatssozialismus zum Ziel, dann folgt die Ablösung, und wir hören das Lösungswort: Kampf den Auswüchsen! Wiederum vergehen einige Monate mit dem eifertigen Austilgen der Laten der Vorgänger, darauf noch eine Schwankung und statt der Entstaatlichung eine Reihe von Verstaatlichungen... Im Endresultat warten wir seit zehn Jahren „die Krise ab“, und da es immer schlimmer wird, so schnallen wir nach „maßgeblichem“ Rezept den Riemen enger. Das heißt, wir, die Nichtmaßgeblichen, schnallen den Riemen enger.

Die gegenwärtige Regierung ist jetzt an der Reihe, antistatistisch zu sein; es wurde beschlossen, Polen noch einmal zu entstaatlichen. Natürlich berief man zu diesem Zweck eine besondere Kommission, die sich zusammensetzt aus

Auslanddeutschtum und Deutscher Rundfunk*)

Von Fritz Heinz Reimesch

II.

Wir wollen uns nun aber dem europäischen Auslanddeutschtum zuwenden und damit auch den Arbeitsbereich des Kurzwellen senders verlassen. Der Auslanddeutsche Europas kann mit einem 5-Röhrenempfänger so gut wie sämtliche reichsdeutschen Sender hören, kann sich also ohne weiteres in jedes Programm einschalten. Es muß leider festgestellt werden, daß im europäischen Auslanddeutschtum nicht allzu viele öffentliche Stellen vorhanden sind, die über derlei Empfänger verfügen, dagegen gibt es zahlreiche Hörer im Auslanddeutschtum, die eine Reihe von reichsdeutschen Sendern ständig hören können, und es gibt wohl auch keine auslanddeutsche Gemeinde, in der nicht wenigstens ein Empfangsgerät vorhanden wäre, mit Ausnahme vielleicht von einigen ganz armen Dörfern irgendwo in den Waldkarpaten, im Karst oder in der Dobrudscha. Praktisch besteht also die Möglichkeit, in jeder europäischen auslanddeutschen Gemeinde reichsdeutsche Sendungen zu hören.

Diese Tatsache legt es eigentlich nahe, ähnlich wie dies im Reich gemacht wird, Hörergemeinschaften von Seiten der auslanddeutschen Verbände zu organisieren. Leider kann dies nicht gemacht werden, denn verschiedene Staaten verlieren ihren vollen Minderheiten, den Gemeinschaftsempfang zu organisieren. Auf dieses Thema soll hier nicht näher eingegangen werden, weil es politischer Art ist und die grenz- und auslanddeutsche Rundfunkarbeit mit Politik nichts zu tun hat und auch nichts zu tun haben will. Sie ist ausgesprochen kulturell. Ich fasse meine Arbeit unpolitisch auf und bin seit davon überzeugt, daß dem Auslanddeutschtum durch eine unpolitische Gestaltung mehr gebiet werden kann als durch eine politische. Dies soll allerdings nicht heißen, daß politische Fragen völlig außer acht gelassen werden, der Rundfunk also lediglich eine mehr oder weniger ernste oder heitere Unterhaltungsangelegenheit ist. So einfach ist die Sache natürlich nicht. Politische Polemiken gehören nicht ins Rundfunkprogramm, sie sind Angelegenheiten der Presse bzw. der Kabinette, auch schon deshalb, weil durch mißverständliche Sendungen, Verdrehungen der Tatsachen lediglich Kontroversen herausgefordert werden, die zu nichts führen.

Wir wollen annehmen, daß viele Zehntausende auslanddeutsche Hörer tagtäglich reichsdeutsche Sendungen hören, sich also ohne weiteres in den Kreislauf deutschen Lebens, soweit sich dies im Rundfunk irgendwie ausdrückt, einschalten können. Sie haben also Gelegenheit, das Leben des neuen Deutschlands zu beobachten und sich selbst geistliche Kräfte durch den Rundfunk zu erwerben. Das ist eine außerordentlich wichtige Angelegenheit, doch wird sie durch den Beauftragten der Deutschtumsverbände in der Reichsleitung kaum zu beeinflussen sein. Es ist für Zehntausende von Hörern selbstverständlich, z. B. am Sonntagvormittag die jeweiligen Morgenfeiern oder die Bachkantate zu hören oder allabendlich gute Konzerte, Tanzmusik, Hörspiele usw. Dies ist aber nicht genug! Der europäische Auslanddeutsche muß durch das Radio die Möglichkeit haben, auch über das auslanddeutsche Leben etwas zu erfahren.

Also Rundfunkarbeit für und über das Auslanddeutschtum. Ausgesprochene Sendungen für das Auslanddeutschtum werden von reichsdeutschen Sendern nicht veranstaltet. Ueber das Auslanddeutschtum dagegen sind seit 1933 in wachsender Zahl Veranstaltungen abgehalten worden, über die nun einiges berichtet werden soll.

Zunächst sei festgestellt, daß es am Deutschen Rundfunk seit er überhaupt besteht, möglich war, Sendungen über das Auslanddeutschtum zu veranstalten. Der Verfasser hat vor elf Jahren zusammen mit einigen altbewährten Deutschtumsarbeitern die ersten Vorträge über das Auslanddeutschtum gehalten, als im Bohaus in Berlin der Rundfunkbetrieb sich noch in einigen wenigen Zimmern abspielte. Inzwischen hat der Rundfunk den gewaltigen Aufschwung genommen, der jedermann bekannt ist. Daß Fragen des Auslanddeutschtums planmäßig in die Programme der feinerzeitigen deutschen Sendestellen aufgenommen wurden, ist fraglos das große Verdienst des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart, das im Laufe der Zeit Hunderte von Vorträgen aller Art an den Sendern veranstaltete, bei denen zahlreiche führende Auslanddeutsche neben vielen Inlanddeutschen zu Worte kamen. Wer sich für diese Vorträge besonders interessiert, kann eine

*) Siehe auch „Posener Tageblatt“ Nr. 78 vom 2. April 1936.

Vertretern der Industrie und — der Beamten. Das heißt also, der Beamte als Ding an sich wurde zum Richter über den Beamten als Erscheinung bestellt.

Die erste Sitzung hat bereits stattgefunden. Man beriet über die Arbeitsmethoden und die Höhe der Reisegebühren, man bestimmte die Anzahl und die Kompetenzen der Kommissionen, der Unterkommissionen, der Referate. Und vor allem: „Eine offizielle Mitteilung über diese Sitzung wird erst am Donnerstag ausgegeben werden, wobei der Presse keinerlei Informationen über diese Sitzung erteilt wurden.“ Selbst dem „Inkubator Kurzer Codzienn“ nicht, der wohlwollend gegen die Kommissionsarbeiten eingestellt ist und überhaupt über Beziehungen verfügt! Geheimnis... Kurz, es ist noch eine Amtsstelle entstanden, noch eine Zelle der bürokratischen Maschinerie.

Liste derselben vom Deutschen Ausland-Institut erhalten, das bis zum Jahre 1933 alle auslanddeutschen Veranstaltungen verzeichnet hat.

Nach dem 30. Januar 1933 trat zunächst auch mit den auslanddeutschen Sendungen eine kleine Stodung ein, die verständlich ist. Dann aber wurde die Rundfunkarbeit in Schwung gebracht, und als der Verfasser vom Stellvertreter des Führers mit der Wahrnehmung der auslanddeutschen Interessen in der Reichsleitung beauftragt wurde, bestand die Möglichkeit, eine grundsätzliche Neugestaltung der Rundfunkarbeit in Angriff zu nehmen. Aus seiner langjährigen Praxis hatte er erkannt, daß Vorträge, selbst wenn sie von den bedeutendsten Geistern gehalten werden, nur eine beschränkte Hörerschaft haben. Es mußten daher neue Wege beschritten werden, die eine gewisse Sicherheit boten, eine große Zahl von Rundfunkhörern für Sendungen auslanddeutschen Inhalts zu begeistern. Die Tagung des RDA zu Pfingsten 1933 bot die erste größere Gelegenheit, mit dem Rundfunk die Neugestaltung der Sendungen durchzuführen. Ueber sämtliche Sender ging als zunächst die Festlegung der Tagung und ein Rundfunkbericht von dem großen Festzug, der von dem Verfasser zusammen mit dem Intendanten des Deutschlandsenders, Göttinger, gemacht wurde. Von nun an mehrten sich die musikalischen und literarischen Darbietungen auslanddeutschen Inhalts am Deutschen Rundfunk. Als erste auslanddeutsche Darbietung in der „Stunde der Nation“ wurde eine große Sendung „Sachs, halte Wacht“ gegeben, die einen Querschnitt durch die Geschichte der Siebenbürger Sachsen gab und von der in- und auslanddeutschen Presse in hohen Tönen gelobt wurde. Es war das erstmalig möglich, Volkstum in seinen verschiedenen Ausdrucks-

formen zur Darstellung zu bringen. Die wunderschönen alten Volkslieder der Siebenbürger Sachsen, ihr kirchliches wie nationales Leben, Persönlichkeiten, wie der Reformator Johannes Honterus, der Märtyrerpater Stephan Ludwig Roth, wurden in eindrucksvollen Szenen geschildert und auch Dichtung und Kunstmusik kamen zur Darstellung. Was dieser Sendung einen ganz besonderen Reiz verlieh, war, daß sie von Siebenbürger Sachsen dargestellt wurde, und zwar von in Berlin studierenden Hochschülern und in Berlin lebenden Künstlern.

Die Wirkung dieser ersten großen musikalisch-literarischen auslanddeutschen Sendung gab dem Beauftragten der Deutschtumsverbände die Richtung für seine Arbeit. Nach mehrmonatlicher Sammelarbeit hatte er die Möglichkeit, zunächst die schönsten auslanddeutschen Volkslieder und Volksstänze den Sendern anzubieten, dann aber auch eine größere Reihe auslanddeutscher Komponisten und Dichter an das Mikrofon zu bringen. Aus den zahlreichen Preureteilen ist zu ersehen, daß die Rundfunkkritik diese persönliche Berührung mit der auslanddeutschen Kunst dankbar begrüßte und die Darbietungen durchaus als Bereicherung des Programms einschätzte. Aus den Hörerbrieffen ist zu ersehen, daß insbesondere die auslanddeutschen Hörer sehr erfreut sind, die Dichter ihrer Volksgruppe an den reichsdeutschen Sendern zu hören. In auslanddeutschen Dichterskünden wurden Zusammenstellungen aus den Werken des gesamten Auslanddeutschtums gegeben, ebenso wie in auslanddeutschen Liebesabenden Liedkompositionen auslanddeutscher Geboten wurden. Ganz abgesehen von den materiellen Vorteilen, die den schaffenden Künstlern des Auslanddeutschtums durch diese Sendungen erwachsen, ist es für die schöpferischen Kräfte der Auslanddeutschen von nicht abzuschätzender Bedeutung, wenn sie vor dem großen Auditorium der Gesamtnation zur Darstellung kommen und Künstler ihrer Heimat sind. Es war auch möglich, in einigen größeren Konzerten auslanddeutsche Orchesterwerke größeren Stils zur Aufführung zu bringen. Bei dieser Arbeit war der Reichsjender Breslau dem Beauftragten in weitgehender Weise behilflich.

(Schluß folgt)

Englisch-ägyptische Verhandlungen

Von Ahmed Hussein,

Präsident der Jungägyptischen Gesellschaft.

Zur Zeit finden in Kairo Verhandlungen zwischen England und Ägypten statt, deren Ziel es sein soll, eine neue Grundlage für das Verhältnis der beiden Länder zu schaffen. Nachstehend ein rein sachlicher Ausfluß zu diesem bedeutsamen Problem aus der Feder einer fähigen Persönlichkeit des jungen Ägypten.

Ägypten leidet sein Recht, sich eine Verfassung nach eigener Wahl zu geben, von einer formellen Erklärung aus dem Jahre 1922 her. Die ägyptischen Verfassungsentwürfe von 1923 und 1930 fanden indessen zunächst nicht die Zustimmung Großbritanniens, und dieser englische Widerstand pflanzte den Keim des Widerstandes geistes in die Ägypter, der sich letztlich in den Unruhen von Kairo erneut gezeigt hat.

Unser Wunsch, mit Großbritannien bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen zu einem ehrenhaften Übereinkommen zu gelangen, ist aufrichtig. Wir sind natürlich durchaus bereit, uns mit Großbritannien zu verbünden und selbst und alle unsere Hilfskräfte ihm zur Verfügung zu stellen, wann auch immer unsere Hilfe gebraucht wird. Ferner sind wir „amit einverstanden, die Sorge für die Sicherheit der Verkehrswege des britischen Weltreiches zu unserem Teil zu übernehmen und diese Wege bis zum Äußersten zu verteidigen. Die Bedingung dafür ist aber, daß wir völlige Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität erhalten, wie wir sie in den folgenden sechs Punkten zusammengefaßt haben:

1. Freiwillige Zusammenarbeit und ehrenhaftes Bündnis zwischen Ägypten und Großbritannien.
2. Völlige Unabhängigkeit und Souveränität Ägyptens.
3. Abschaffung der Kapitulationen und Gemischten Gerichtshöfe.
4. Abschaffung der von Europäern besetzten Abteilungen für Öffentliche Sicherheit.
5. Zuhilfenahme des Rechtes zur Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft und zur Einführung der Wehrpflicht.
6. Anerkennung der Rechte Ägyptens im Sudan.

Zum großen Teil sind diese Forderungen ohne weiteres auch den Außenstehenden verständlich, sowohl dem Inhalt als dem Grunde nach; nicht ganz so offensichtlich sind die Vorteile, die Großbritannien selbst von einer Durchführung der Forderungen zu erwarten hätte — und doch sind sie vorhanden!

Schon der jetzige italienisch-ägyptische Streitfall und die damit verbundenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Italien über die Rechte und Pflichten des Völkerbundes haben es klar gemacht, wie verwundbar Ägyptens Grenzen und damit die Verbindungen einzelner Teile des britischen Weltreiches untereinander sind, wie leicht riesige Truppenmengen unmittelbar vor Ägyptens Toren zusammengezogen werden können. Es ist in solchen Fällen weit besser für Großbritannien, in Ägypten einen willigen Verbündeten statt eines unzufriedenen Untergebenen zu haben.

Die „Kapitulationen“ und Gemischten Gerichtshöfe stellen die in Ägypten lebenden Fremden unter einen besonderen Rechtsschutz; aber

ihre Abschaffung könnte gegenwärtig den Europäern nicht mehr schaden, während sie andererseits von den Ägyptern als dankenswerter Entgegenkommen gewertet würde. Das Nationalgefühl des Ägypters wird auf Schritt und Tritt dadurch verletzt, daß das Kapitulationssystem, die Vorrechte Fremder seinen Weg nach oben und in die Freiheit versperrten.

Die Kapitulationen sehen vor, daß der Europäer nicht nur steuerfrei ist, sondern sogar nicht verhaftet werden darf. Er kann beliebige Verbrechen ungestraft begehen, da weder die ägyptische Polizei noch die ägyptischen Gerichtshöfe sich mit ihm befassen dürfen. Die ägyptische Regierung ist dadurch unter anderem in ihrem Kampf gegen den Sklaven- und Rauschgiftschandel schwer behindert.

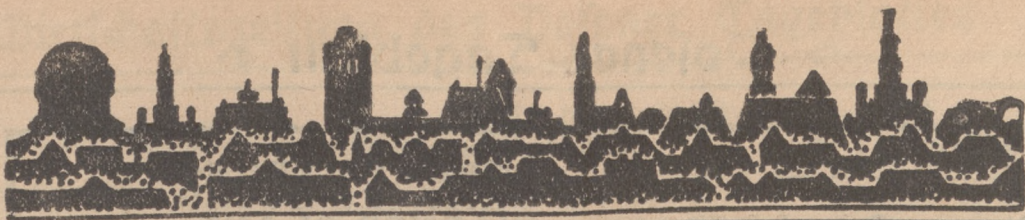
Zweifelloso würde eine freundschaftliche Zusammenarbeit Großbritanniens und Ägyptens im Sudan den britischen Interessen dort nur nützlich sein. Ägyptens Anspruch auf den Sudan beruht nicht auf bloßen Herrschaftsgelüsten — der Sudan ist und war stets ein unabwiesbarer Teil Ägyptens! Vom Sudan kommt das Nilwasser, das Ägypten leben und Fruchtbarkeit gibt. Sprache, Religion, Ueberlieferungen hat die Bevölkerung des Sudan mit der Ägyptens gemein. Und schließlich bedeutet der Sudan das einzige Ausfalltor für Ägyptens Bevölkerungsüberschuß.

Eine Trennung des Sudans von Ägypten würde demnach nicht nur die Entwicklung und den Fortschritt Ägyptens auf unabsehbare Zeiten hemmen, sondern sogar die Lebenskräfte unseres Vaterlandes unmittelbar bedrohen. Demgegenüber wären auch für den Sudan von einer solchen Trennung keine Vorteile, sondern nur Nachteile zu erwarten. Denn wie Ägypten nicht gut ohne den Sudan bestehen könnte, so wäre es auch dem Sudan nur unter größten Schwierigkeiten möglich, ohne Ägypten und ägyptische Hilfe voranzukommen.

Gegenwärtig hat Ägypten keinerlei Anspruch darauf, an der Erschließung der großen Reichtümer des Sudan teilzunehmen. Auf britische Vorstellungen hin mußte die ägyptische Schutzarmee den Sudan im Jahre 1924 verlassen. Ebenfalls auf britischen Druck ist es zurückzuführen, daß Ägypten und der Sudan durch eine hohe Zollmauer getrennt sind, die den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern ganz erheblich beeinträchtigt hat. Eine Abkehr von derartigen politischen Methoden ist auch schon im Interesse Großbritanniens notwendig, denn es hat sich gezeigt, daß die britischen Interessen im Sudan nur in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Ägypten wirksam gefördert und wirklich nutzbringend gemacht werden können.

Unser ägyptische Jugend hat den absolut aufrichtigen Wunsch, Großbritannien und Ägypten im Zeichen einer freien und freundschaftlichen Zusammenarbeit einander nahezubringen. Aber vor den Ägyptern liegen nahe Aufgaben, die wir nur selbst wirksam lösen können, und so ist wohl unser Wunsch begreiflich: frei im eigenen Lande zu leben — ein Wunsch, der auch für Großbritannien um so weniger eine Zumutung bedeutet, als wir bereit sind, unsere Märkte für britische Waren zu öffnen.

Aus Stadt



und Land

Stadt Posen

Donnerstag, den 2. April

Freitag: Sonnenaufgang 5.24, Sonnenuntergang 18.30; Mondaufgang 15.09, Monduntergang 3.52.

Wasserstand der Warthe am 2. April: + 0,66 Meter gegen + 0,60 Meter am Vortage.

Wettervorhersage für Freitag, den 3. April: Teils bewölkt, teils heiter, Temperatur wieder wärmer, keine nennenswerten Niederschläge, leichte bis mäßige Winde aus Südwest.

Ceatr Wielki

Donnerstag: „Rose-Marie“

Freitag: „Ball im Saxon“

Sonabend: „Casanova“ (Gastspiel Drabik)

Kinos:

Beginn der Vorstellungen um 5, 7, 9 Uhr
im Metropol 5.15, 7.15, 9.15 Uhr

Apollo: „Seine große Liebe“ (Poln.)

Gwiazda: „Hochzeitsnacht“ (Engl.)

Metropolis: „Zauber der Jugend“ (Engl.)

Slonce: „Der Diktator“

Sims: „Kück mich noch einmal“

Wilsona: „Sing-Sing“ (Engl.)

Nachdienst der Apotheken

Vom 28. März bis zum 4. April früh haben folgende Apotheken Nachdienst: „Pod Białym Orłem“, Stary Rynek 41; Apotheke des hl. Petrus, Plac św. Krzyżki; Apotheke des Herrn Kluczyński; Matejko-Apotheke in der Matejki 1; St. Martin-Apotheke, Fr. Katarzyna Kr. 12; Schrodla-Apotheke, Rynek Śródceki 1; Pod Gwiazdą, Kraszewskiego 12; Pod Koroną, Górna Włoda 61.

Ständigen Nachdienst haben die Apotheken in Staroleża, die Apotheke in Solafis, Mazowiecka 12, „Przy Krzyżu“, Główna 19, und die Dembsen-Apotheke, Debiecka 6.

Die Post zu Ostern

Anlässlich der Osterfeiertage können Glückwünsche auf Karten gegen eine Gebühr von nur 5 Groschen vermittelt werden, wenn die Wünsche in höchstens fünf Worten zum Ausdruck gebracht sind, wobei Unterschrift und Datum nicht gerechnet werden. Auf der Adresse solcher Sendungen ist die Aufschrift „Druck“ anzubringen. — Zur Osterzeit gilt auch ein Sondertarif für den Versand von Lebensmittelpaketen. Ein solches Lebensmittelpaket kostet bei einem Gewicht bis zu 8 kg auf eine Entfernung bis zu 100 Kilometern 50 Groschen. Nähere Informationen können unter dem Telefon-Anruf 12-50 eingeholt werden. Das zulässige Höchstgewicht der Lebensmittelpakete beträgt 20 kg. Auf der Verpackung und der Begleitadresse muß deutlich die Aufschrift „Paczka żywnościowa“ stehen. — Es können ferner zu Ostern auch Glückwunschkarten mit 15 Worten — Adresse und Unterschrift eingerechnet — auf einem Prunkformular für 1,50 Zloty verschickt werden. Jedes weitere Wort kostet nur 5 Groschen.

Ausstand der Posener Bauarbeiter

Im Posener Baugewerbe ist ein scharfer Lohnkonflikt ausgebrochen, der dazu geführt hat, daß die Bauarbeiter in einer Stärke von etwa 2000 Mann am Mittwoch in den Ausstand getreten sind. Sie verlangen eine Erhöhung des Erwerbssalaries von 90 Groschen auf 1,50 Zloty die Stunde, ferner die Aufhebung der Dienstbezugssteuer als Saisonarbeiter, Aufbesserung der Gehilfenlöhne und Herabsetzung der Arbeitszeit von 46 auf 40 Stunden in der Woche, um auf diese Weise einer größeren Anzahl von Maurern und Zimmerleuten Beschäftigung zu geben. Die Arbeitgeber ihrerseits weisen daraufhin, daß im Hinblick auf die Senkung der Mieten, Unterhaltskosten und Ruhestandsvorsicherungsätze vielmehr

eine Herabsetzung der Löhne erfolgen müßte. Sie hätten jedoch davon Abstand genommen, um nicht die Kaufkraft der Bevölkerung, die ohnehin durch Kürzung der Beamtengelder geschwächt worden sei, noch weiter zu schwächen. Daher wurde auf Wunsch der Regierungenstellen der am 1. April erlöschende Tarifvertrag verlängert. Die Arbeitgeber verbanden freilich damit den Vorschlag auf Neugruppierung der Bauarbeiterschaft, worauf die Arbeitnehmer nicht eingingen. Da die seit längerer Zeit vom Arbeitsinspektorat geführten Verhandlungen ergebnislos verliefen, kam es zum Ausstand, der einen ruhigen Verlauf nimmt, obwohl kommunistische Elemente Kapital aus dem Streik schlagen wollen.

Gerade jetzt

müssen Sie regelmäßig die Zeitung lesen, damit Sie laufend über die spannenden Ereignisse in der Welt unterrichtet sind.

Auch jetzt noch

können Sie das „Posener Tageblatt“ bei Ihrem Postamt für April oder das 2. Vierteljahr bestellen.

Verlag des „Posener Tageblatt“.

Kirchensammlung am Palmsonntag

Die Kirchensammlung im evangelischen Gottesdienst am Palmsonntag gilt der Arbeit des Evangelischen Predigerbundes in Polen, der mit seinen Zeitschriften und seinen Flugblättern religiösen und kirchlichen Belangen durch das gedruckte Wort in allen evangelischen Gemeinden zu dienen sucht. Unter den von ihm herausgegebenen Religionsbüchern ist besonders wichtig die Religionsbibel „Fröhlich im Herrn“, die in die Hand der evangelischen Mutter gehört. Die Volksbildungsabteilung ist bestrebt, der Gestaltung evangelischer Gemeindeabende mit Rat und Tat zu dienen, auch durch ihre Lichtbildstreifen und ihr reiches Material an Lateinspielen, Sprechstunden und Liedern. Eine Sammlung von mehrstimmigen Chorliedern leistet den Kirchensängern Dienste. Für alle diese Arbeit, die dazu getan wird, um das Wort vom Evangelium auch in der Distanzlichkeit zu sagen, erbittet der Evangelische Predigerbund das Verständnis und die hilfreiche Gabe der Gemeinden am kommenden Sonntag.

Männer-Turn-Verein

Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr findet im Deutschen Hause ein Singabend für Turn- und Wandersänger statt. Alle aktiven Turner und Turnerinnen werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

Eröffnung der Sportsaison des Großpolnischen Automobilklubs

Am Sonntag, dem 5. April, eröffnet der Automobilklub Wielkopolski seine diesjährige Sportsaison mit folgendem Programm: Um 9.30 Sammelplatz der Automobile vor dem Klublokal ul. Katarzyna 15, 9.45 Ausfahrt nach Pulzycyno, 10.30 Gottesdienst in Pulzycyno. Nach dem Gottesdienst Einweihung und Vorbereitung der Automobile, wonach die Rückfahrt nach Poznań zum Klublokal erfolgt. In dem

Quartiere für die Messebesucher

Im Zusammenhang mit der nahenden Eröffnung der Posener Messe wurde am 1. April ein Quartierbüro eröffnet, dessen Aufgabe die Unterbringung aller fremden Besucher ist.

Die Messeleitung wendet sich an alle Bewohner der Stadt mit der Bitte, dem Quartierbüro freie Zimmer zu melden. Die Meldungen können mündlich und schriftlich im Büro der Internationalen Messe, Warz. Główna 18, von 8-15 Uhr abgegeben werden. Da die diesjährige Messe die größte sein wird, die bisher in Polen stattgefunden hat, wird ein massenhafter Besuch von in- und ausländischen Gästen erwartet. Es ist deshalb notwendig, daß jeder Haus- und Wohnungsbesitzer freistehende Zimmer zur Verfügung stellt.

Christ-Königs-Passionsfeier

Im Rahmen der fälligen Monatsversammlung veranstaltete die Posener Ortsgruppe des Verbandes deutscher Katholiken am vergangenen Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Deutschen Hause, Grabenstraße 25, eine Christ-Königs-Passionsfeier, die sich einer großen Teilnahme erfreute. Die Ausgestaltung dieser Feier hatten die Teilnehmerinnen des V.d.B.-Schulungskurses übernommen, die in dreiwöchiger theoretischer und praktischer Anleitung von diesem Kursus sicher reichem Gewinn und unvergeßliche Eindrücke mit nach Hause nehmen werden, um dort das Gelernte in die Praxis umzusetzen. Proben des Gelernten stellten sie bei dieser Feier der Ortsgruppe zur Verfügung.

Eine reiche Programmsfolge stand im Zeichen

Gottesdienstordnung für die kath. Deutschen

vom 4. bis 11. April 1936.

Sonabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7.30 Uhr: Beichtgelegenheit. 9 Uhr: Palmprozession und Ant. 3 Uhr: Kreuzwegandacht und hl. Segen. Montag, 7.30 Uhr: Gesellenverein. Donnerstag, 7.30 Uhr: Kirchensänger. Beichtgelegenheit zur hl. Osterbeichte jeden Tag vor und nach dem Frühgottesdienst und abends 7 Uhr ab. Alle Tage der Woche sind Fasttage. Karfreitag und Karsonabend bis 12 Uhr auch Abstinenztage.



Zu der bevorstehenden Aufführung der Johannes-Passion

Aus dem unerschöpflichen Schatz Johann Sebastian Bachs wird am Sonntag Palmsonntag, dem 5. April, nachmittags 4 1/2 Uhr in der hiesigen Kreuzkirche vom Posener Bachverein die

Johannes-Passion

zu Gehör gebracht. Von den vier ehemals existierenden Passionen sind nur zwei erhalten geblieben. Als erste dieser Passionen entstand die Johannes-Passion. Vergleichsweise den beiden erhalten gebliebenen Passionen, der Johannes-Passion und der Matthäus-Passion, sind in früheren Jahren gelegentlich deren Aufführungen öfter angestellt worden. Für den Besuch einer Aufführung Bachscher Passion werden zu müssen, ruft ein gewisses Widerstreben hervor. Ganz besonders deswegen, weil wir in einem vom Vaterlande abgetrennten Gebietszelle wohnen und verpflichtet sind, mit dem Reiche die geistig-kulturelle Verbindung zu halten. Wenn ein Bach-Fest in reichsdeutschen Grenzländern stattfindet, dann werden dort Zeichen dankbarer Freude laut, daß sich in den Schicksalsstunden des Volkes alle um die Sinnbilder überzeitlichen Besitzes scharen dürfen. Auch für die musikalisch begabten Geister unserer Volksgenossen müßte die Aufführung einer Bachschen Passion ein ebenso bewegender Augenblick werden wie damals in Potsdam, als es hieß: „Meine Herren, der alte Bach ist gekommen!“

Die Pflege der großen Vermächtnisse Bachs ist nicht nur Sache der Musiker und Musikanten, sondern recht eigentlich Sache jedermanns, der Deutscher und damit auf Musik getauft ist. Zu der Frage „Was ist deutsch?“ hat der im Geiste unserer Zeit neu erwachte Richard Wagner bekannt: „Will man die wunderbare Eigentümlichkeit, Kraft und Bedeutung des deutschen Geistes in ein unvergleichlich bereitetes Bild erfassen, so blicke man... auf die sonst unerklärlich rätselhaften Erscheinungen des musikalischen Wundermannes, Sebastian Bach. Er ist die Geschichte des innerlichsten Lebens des deutschen Geistes, während der gänzlichen Erlöschenheit des deutschen Volkes.“... „Die überraschende Wiedergeburt des deutschen Geistes... können wir deutlich nur erklären, wenn wir an Bach begreifen lernen, was der deutsche Geist in Wahrheit ist, wo er weilt und wie er rastlos sich neu gestaltet, während er gänzlich aus der Welt verschwunden schien.“

In den Passionsmysterien Bachs ist das ganze Wesen, der ganze Gehalt der deutschen Nation verkörpert; diese großartigen Kunstwerke gingen aus dem Herzen und den Sitten des deutschen Volkes hervor.“

Die äußerste Spannweite des künstlerischen Wesens ist es, was auf uns deutlich in dem Sinne wirkt, daß wir uns Bach in keinem anderen Volke entstanden und wirkend denken können. Seine Ausdruckskraft hat manchen zum Vergleich mit den größten deutschen Malern veranlaßt. Es ist genug, ihn ohnedies durch sich selbst wirken zu lassen. „Seine unermeßliche Kunst betätigte sich, ohne sich ihrer selbst bewußt zu werden, wie die Kräfte, die in der Natur wirken.“

Die Musik Bachs gehört zu dem wenigen Menschenwerk, das durch seine jenseitige, übersinnliche Gewalt das Dasein der Geisterwelt verhängt, aus der es allein kommen konnte.

Der alle christlichen Werte verleugnende Philosoph Nietzsche schrieb, als er in der Karwoche 1870 im Baseler Münster dreimal die Matthäus-Passion des von ihm „göttlich“ genannten Bach gehört hatte: „Jedesmal mit dem Gefühl einer unermesslichen Verwunderung“. „Wer das Christentum völlig verlernt hat, der hört es hier wirklich wie ein Evangelium.“

Wir wissen ferner, daß der verstorbene nordische Erzbischof Soederblom seine jungen Geistlichen auf Bach mit den Worten wies: „Johann Sebastian Bach ist der 5. Evangelist, geht hin und wirkt auch für ihn.“

Unter uns ist es der frühere Dirigent des Posener Bachvereins, Herr Pastor D. Greulich, der in diesem Sinne gewirkt hat. Ihm müssen wir für sein reichhaltiges und erfolgreiches Eintreten für den Gedanken, daß Bach, besonders seine Passionen, nur in der Kirche vernommen werden dürfen und können, zu unendlichem Danke verpflichtet bleiben. Besondere Gelegenheit, mit der ihm eigenen Leidenschaft diese Forderung mit Erfolg zu verfechten, gab ihm ein im Jahre 1904 stattgefundenes Bach-Fest in Leipzig. Wie trefflich sich Kantaten in den Gottesdiensten einordnen lassen, haben wir hier wiederholt erfahren dürfen, zuletzt gelegentlich der Feier des 150jährigen Bestehens der Kreuzkirche.

Bereits am Ende des 17. Jahrhunderts begehrte das musikalische Passions-Drama Einlaß in die Kirche. Der Streit entbrannte für und wider. Bach setzte ihm ein Ende, indem er zwei Passionen schrieb, welche textlich und formell von den zeitlichen Schöpfungen jener Zeit abhängig sind, die aber der Geist, der darin lebt, verkündet und aus der Vergänglichkeit zur Unvergänglichkeit erheben hat.“

Die Johannes-Passion dürfte um 1723 herum erstmalig aufgeführt worden sein. Den Text hat der Hamburger Ratsherr Berthold Heinrich Brodes geliefert. Aber Bach hat einige Arienstücke für die Johannes-Passion erst zurückgeformt, weil er die Sensation scheute, an der sich Brodes erbaut. Sein Bild ist dabei nicht weithin gerichtet, vielmehr senkt er ihn in sich hinein. Seine Regitzeile sehen den Stimmungsbericht über den Taterbericht. „Die innerliche Jesusgestalt lebt erst dann ganz auf, wenn Bach nach dem leidenschaftlichen Ausdrucksrauschen der betäubenden Rezitative in betrachtenden, erwägenden Arien und Arien ganz in sich geht.“

Der musikalische Charakter der Passion ist in der Art des Leidensberichtes des Johannes-Evangeliums begründet. Im Gegensatz zur Matthäus-Passion, durch welche mehr ein jugendlicher Betrachtung geht, hat der Bericht des Johannes Aufgeregtes und Leidenschaftliches und bestimmt dadurch die musikalische Wiedergabe. In die tumultuarischen Gerichtszenen sind gewissermaßen Arien als Ruhepunkte eingefügt. Fortwährend stehen die Priester- und Volkschöre im Vordergrund.

Aus dem Gefühl heraus, daß der Matthäus-Passion eigene lebendige Züge der Johannes-Passion ermangeln, sind in die Johannes-Passion einige Matthäus-Episoden eingeschoben: Das Weinen Petri, das Zerreißen des Vorhanges und das Erbitten beim Verschleiden des Herrn.

Bach verzichtet auf eine Steigerung der dramatischen Bewegung; er stellt vielmehr die Menge von vorn herein von Leidenschaft erfüllt dar. Es grenzt an das Dämonische, in welcher Art die Chöre „Wäre dieser nicht ein Uebeltäter“ und „Wir dürfen niemand töten“ durch chromatische Töne musikalisch zeichnet. In dem Chöre „Kreuzige“ ist die aufsteigende Bewegung ins Wilde gehend, so daß man die mit erhobenen Händen vor-drängende Menge deutlich vor Augen hat. Wehmützig ist die Zeichnung der Chöre „Wir haben ein Gesetz“ und „Läßst du diesen los“. Der Verhöhrung durch die Kriegsknechte „Sei gegrüßt lieber Judenkönig“ ist eine höhnische leichtfertige Musik des Sanges zugrundegelegt, unterstützt durch ein von Flöten und Oboen in Sechzehnteln getragenes Motiv. Der Orgel fällt in der Johannes-Passion ausschließlich die Begleitung der Rezitative in vorgeschriebener Klangfarbe zu.

Ueberwältigt und frei von Sentimentalität stellt sich die Hoheit des Herrn dar. In der Matthäus-Passion ist Jesus natürlicher gedacht. Außerordentlich realistisch ist der Rhythmus der Geißelstriche, wenn er in den Worten des Evangelisten „da nahm Pilatus Jesus und geißelte ihn“ klingt und ebenso das ausgehöhte und „meinte bitterlich“. In schlichter Bachscher Art hören wir das Gellen in der Sopran-Arie „Ich folge dir gleichfalls mit freudigen Schritten“ und in der Bass-Arie „Gibt, ihr angefochtenen Seelen“, in welche Zwischenrufe „Wo hin? Wohin?“ hineinklingen.

Eingzigartig, fast berückend, das Bass-Arioso „Betrachte meine Seele!“ Charakteristisch in der schönen Alt-Arie „Von den Striden meiner Sünden mich zu entbinden, wird mein Heil gebunden wie durch den Streichbach die Bewegungen des in Fesseln sich windenden Herrn gemalt werden!“

Aus dem letzten Worte der Siegesgewißheit am Kreuz „Es ist vollbracht!“ ist die folgende Alt-Arie thematisch entwickelt. Rudolf Steglich sagt treffend: „Daß der in Bach selbst inwendige Jesus der Passion, sein Heiland, zugleich der allmächtige Welt-herrscher ist, das wird dem in der Innenschau aufgehenden Bach zu einem schwer lastenden, undurchdringlichen, weil nicht mehr mit dem Licht des Herzens zu durchdringenden Mysterium. Der Anfangschor der Johannes-Passion „Herr unser Herrlicher, dessen Ruhm in allen Landen herrlich ist“ stellt eine unnahbare, unergründliche, starre Herrschergehalt vor den Hörer. Die ganze Johannes-Passion steht unter dem Druck dieses Bildes. Wo hier Bachs Empfindung für den ihm vertrauten, für seinen Jesus durchbricht, ist sie um so glühender, fast angstvoll dringlich. Es läßt einen tiefen Blick in Bachs Seele tun, daß er dieses Wort nicht mit dem schweren dunklen Choral befehlen möchte, der das eigentliche künstlerische Schlüsselmoment ist, daß er vielmehr, sich von dem bedrückenden Bild zu lösen, einen persönlich herzlich bittenden, Geborgenheit suchenden Choral zufügt:

„Ach Herr, laß dein lieb Engelein...“

Hugo Boehler.

Heute früh verschied unerwartet infolge Herzleidens aus einem arbeitsreichen Leben mein lieber Mann, unser guter freudigender Vater

Wilhelm Kattner

im 64. Lebensjahre

In tiefer Trauer:

Marie Kattner, geb. Schade
Charlotte Kottke, geb. Kattner
Waldemar Kottke

Bestattung, pom. Krem., den 1. April 1936.

Bestattung findet Samstag 16 Uhr vom Gotteshaus in Platz aus statt. Autobus ab Posen 12 Uhr an Platz 14 Uhr.

Es ist Zeit
an die

Reinigung der Frühjahrsgarderobe zu denken.

Erstklassige Facharbeit! Billige Preise! Schnelle Lieferung!

Färberei Proebstel

ul. Strzelecka 1 ul. Fr. Ratajczaka 34
ul. Podgórska 10 ul. Dąbrowskiego 12
ul. Kraszewskiego 17.

Sie legen Wert darauf

Daß Ihre für Sonntag auf-
gegebene Anzeige gut gesetzt
wird? Dann geben Sie uns den
Text bitte nicht erst am Sonn-
abend auf, sondern schon vorher!

Nähe
schnell, elegant u. billig
Stachla
M. Maria Witkubskiego 4

Frühen
Dorisch 1/2 Kilo 45 gr
Silberlachs
Salat, Radieschen
Champignons
Schwarzwürstchen
empfehlen

Josef Glowinski
Poznań
Br. Pierackiego 13.

Below-Knothesches Mädchengymnasium

m. vollstufiger 7 klass. Volksschule
Poznań, Waly Jana III 4. Tel. 59-54.

Zur Anmeldung sind vorzulegen: Ge-
burtsschein, Impfscheine, Bescheinigung der
zuständigen öffentlichen Volksschule über
Einschreibung bzw. Ummeldung. Für das
1.-3. Schuljahr werden auch Knaben
aufgenommen. Latein ist Pflichtfach in
den Gymnasialklassen.

Die Schulleitung.

Große Versteigerung.

Am Sonnabend, 4. April, und folgende Tage liquidiere
ich in der 27 Grudnia 9 das Geschäft für Uhrmacher, und
optische Artikel des verstorbenen Herrn C. Wolowski. Dem
Meistbietenden in der Versteigerung: Uhren, Taschenuhren,
Armuhren, Feder sowie Küchenuhren, Armbänder, Ket-
ten, Mikroskope, Stereoskope, Lupen, Perpetuen, Barome-
ter, Thermometer, Zygometer, Taschenlampen, Tas-
chen und Etuis, verschiedene Brillen, Theatergläser, Pa-
nol, verschiedene Einfallungen sowie Gläser, außerdem
Uhrmacher- und optische Maschinen und Handwerkszeug für
Hand- und Motorenantrieb sowie Laden- und Schaufenster-
einrichtung. (Geöffnet täglich 8.30-18.) Gleichzeitig bitte
um baldigste Abnahme der in Reparatur gegebenen Gegen-
stände. Bruno Trzegeja, vereidigter und angestellter Sach-
kenner und Auktionator für Pol. Pozn., Poznań, Starz
Knebel 46/47. Tel. 2126.

Wir drucken:

Familien-, Geschäfts- und Werbe-Drucksachen in
geschmackvoller, moderner Ausführung. Sämt-
liche Formulare für die Landwirtschaft,
Handel, Industrie und Gewerbe.
Plakate ein- und mehrfarbig.
Bilder und Prospekte in
Stein- und Offset-
Druck. Di-
plome.

CONCORDIA Sp. Akc.
POZNAŃ

Aleja Marsz. Piłsudskiego 25 - Telef. 6105, 6275



Posener Bachverein

Sonntag, Palmareum, den 5. April
16.30 Uhr in der evang. Kreuzkirche

Johannes-Passion

von Johann Sebastian Bach.

Eintrittskarten zu 3.00, 2.00, 0.99 und 0.49 z. zuzüglich Steuer sowie
Textbücher zu 0.30 z. in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung,
Aleja Marsz. Piłsudskiego 19 und am Kirchzugang.

Wirtin

selbständig, mit langjähr.
Zeugnissen, sucht Stel-
lung ab sofort, 15. April
oder 1. Mai, auf einem
gut. Offert. unt. 1207
a. d. Gesch. d. Zeitung
erbeten.

Belastigte!

Gesunde 1 u. 2-jährige
Spiegelfarphen gibt ab
S. Klatke
Kuznicki, p. Ostreżów,
pom. Kępno.

Kühlen Sie elektrisch!

„Ute“ - Kühlgeräte
- Kühlanlagen
- Eisbereiter

für Haushalt, Gewerbe u. andere Zwecke sind
d. niedrigen Exportpreise trotz Zoll hier billiger
als im Reich. General-Vertreter der Ute-
Werke, Frankfurt a. M., Ingenieur Bloß
Danzig, Hortz-Doffmann-Wall 2, Tel. 236 64.

J. B. Illustrierter Beobachter

Ein Volk — ein Mann
Deutschland

Die besonders reich bebilderte
Folge Nr. 14.

soeben erschienen.

Im Buch- und Straßenhandel erhältlich.

Kosmos - Buchhandlung

Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 25.

Überschriftswort (fett) 20 Groschen
jedes weitere Wort 10 „
Stellengedruckte pro Wort 5 „
Offertengedruckte für illustrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen
Verweisung des Offertenscheines ausgefolgt

Verkäufe

auswählend des Kleinanzeigen-
blattes im Pol. Tageblatt! So
leicht, Kleinanzeigen zu lesen!

Einschar- und
Zweischar-Plüge,
mehrscharige
Schäpplüge,
Eggen und Walzen
für Acker und Wiese
günstig durch
Landwirtschaftliche
Genossenschaft
Spółdz. o.p. z ogr.
Poznań.

Herrenwäsche



aus Seiden- Popeline,
Tulle de Soie, Seiden-
Marquise, Sport-
hemden, Nachthemden,
Taschemden, Winter-
hemden, Beinkleider
empfehlen zu Fabrik-
preisen in großer Aus-
wahl

Wäsche- und
Leinenhaus

J. Schubert

Poznań

Stary Rynek 76

Rotes Haus
gegenüber d. Hauptwaage
neben der Apotheke
„Pod Lwem“

Um Zeitungen zu be-
meiden, bitte ich
meine Kundenschaft
genau auf meine
Adresse

Stary Rynek 76

zu achten.

Klar und
über-
sichtlich
wirken
Klein-
CONTINENTAL
Briefe!



Generalvertretung
Przygodzki, Hampel i Ska
Poznań,
Sew. Mielkowskiego 21
Tel. 2124.

Zum Osterfest

empfehlen wir:
Korinthen 1/2 kg 0.90
Sultaninen 1/2 kg 1.30
Mandeln 1/2 kg 3.60
Citronat 1/2 kg 4.00
Drageen 1/2 kg 2.00

Ia. Backmehle
Bermer: Apfelsinen,
Feigen und Bananen



Poznań, Sw. Marcin 77.
Telefon 1362.

Da großer Umfah
stets frischer

Nachtigal-Kaffee,

sowie Tee und Kakao

Neuheiten

in
Damen-
und
Herrenhüten

Wäsche
Strümpfe
Trikotagen
Handschuhe
Krawatten
Schals

zu den billigsten
Preisen in grosser
Auswahl empfiehlt

M. Svenda

Poznań, St. Rynek 65.



Neue
sowie Reparaturen billigt

E. Lange,

Wolnica 7.

ALFA

Inh.:
Alfred Schiller

ul. Nowa 2

Bijouterien
Knöpfe
Klamern
Ansteckblumen
Modenhäfte

Geschenkartikel
Alabasterwaren
Schreibwaren
Photoalben
Füllfederhalter
Spielwaren

Sonntags - Ausgaben

wollen für Ihr Geschäft werben

Anzeigen in unseren Ausgaben vom

5. April — Palm-Sonntag

Da die Geschäfte von 13-18 Uhr geöffnet sind,
ist mit einem starken Zustrom der Kundschaft
auch von außerhalb zu rechnen.

12. April — Oster-Feiertage

Die Oster-Ausgabe liegt 2 Tage aus. Anzeigen
in dieser Nummer finden besondere Beachtung.

helfen Ihnen verkaufen.

Verlangen Sie Vertreterbesuch.

Posener Tageblatt

Anzeigen - Verwaltung.

Kosmos Sp. z o. o., Poznań

Aleja Marszałka Piłsudskiego 25. Tel. 6105, 6275

Anzeigen-Annahmeschluss für die Sonntagsausgaben stets
Sonabend 10 Uhr vorm.

Steigern Sie Ihren Umsatz durch
Anzeigen im „Posener Tageblatt“

Büchlin
verkauft günstig. Offert.
unter 1201 a. d. Gesch.
dieser Zeitung.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Auto-

Wagen-
Stauffer-
billigt

Woldemar Günter

Landw. Maschinen - Bedarfs-
artikel - Oelo und Fette

Poznań,
Sew. Mielkowskiego 6

Tel. 52-25.

Verkauf
neuer u. fährerleinfreies
Motorrad,
gut erhalten, neue Brom-
ningklappe, Angelbüchse
Offerten unter 1208 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Uhren

Fräurige
billigt

J. Gasiorowski

Uhrmachermeister
Marz. Witkubskiego 7

Societis

Pfisterhalter

S. Kaczmarek

27 Grudnia 10.

Damen-Mäntel

Kostime

fähernd im
Schmitt

Niedrigste
Preise, da
direkt aus der
Damen-
Mäntel-Fabrik

Wildowa & Syn

Poznań, Wodna 1

Damen-Hüte

Grösste Auswahl!

Neueste Fassons
Billige Preise.

HAIN

Marszałka Focha 28

25 Goldsajenen
hat preiswert abzugeben
Majetnosć
Lesny Holwart
p. Wiechichowo,
pom. Romin Tombski

Die große Mode ist:
Gutgeflecht aus Cello-
phan. Die schönsten Mo-
delle, angefertigt aus
Cellophan - Gutgeflecht
erhalten Sie zu Preisen
unter jeder Konkurrenz
nur bei:

„INES“

Damenhüte
Umarmungen

Neue Hüte
Poznań

Biefary 22/23

Kinderrwagen

Die neuesten Modelle.
Die größte Auswahl.
Die niedrigsten Preise.

L. Krause

Poznań

Starz Knebel 25/28

neben dem Rathaus.

Tel. 5051. Begr. 1839.

Verlangen Sie Prospekte

Stannend billig

Porzellan-
Kaffee-Service... 5.-
Tee-Gläser 15 St. 1.-
Besteck Duzend . 12,50

Verkauf
nur Broniecka 24.

Nowoczesny Hurt

Porcelany

Schuhwerk

Herren, Damen, Kinder,
modern.

empfehlen
Berbst, Poznań,
Zydowska 1.

Offene Stellen

Suche der sofort
Dienstmädchen
mit Koch- und Wasch-
kenntnissen. Bewerbungen
erbeten:
Sw. Marcin 52/53, B. 1.

Selbstständige

Buchhalterin

fürs Land (polnisch schrift-
lich und mündlich) zum
1. Mai gesucht. Bewer-
bungen unter 1206 an die
Gesch. dieser Zeitung.

Vermietungen

6. Zimmerwohnung

1. Etage, auch für Büros
sofort zu vermieten direkt
vom Birt.

Br. Pierackiego 11.

Zu vermieten:

7. Zimmerwohnung

Zentralheizung, Parlett,
renoviert, 1. Etage, billig.

Chelmonskiego 9.

Verschiedenes

Londyńska

Masztalarzka

empfehlen ihren Gästen
einen netten Abend. Er-
mäßigte Preise.

Bekannte

Bahrlagerin Adarelli sagt
die Zukunft aus Biffen
und Karten.

Poznań

ul. Podgórska Nr. 13,
Wohnung 10. Front.

Walzen-

Schrotmühle

aus Deutschland, lathol.,
29 J. wünscht Bekannt-
schaft junger Dame zu
Heirat. Zuschriften mit
Bild unter 1199 an die
Gesch. dieser Zeitung.